

2 Internationale Politische Ökonomie

2.1 Einleitung: Was ist IPÖ?

Internationale Politische Ökonomie ist eine interdisziplinäre Wissenschaft, deren wesentlicher Untersuchungsgegenstand das „Zusammenspiel ökonomischer und politischer Faktoren“ ist.¹ Dabei ist mit dem jeweiligen Adjektiv und Substantiv in ‚Politischer Ökonomie‘ keine Wertung, „keine Unter- und Überordnung verbunden“.² Das vorangestellte ‚international‘ hebt allerdings den globalen Zusammenhang hervor, von dem isoliert kein nationales Phänomen betrachtet werden kann.³ Begrifflich ist zwischen Internationaler Politischer Ökonomie (IPÖ) als Wissenschaft und internationaler politischer Ökonomie (ipÖ) als dem Gegenstand dieser Wissenschaft zu unterscheiden.

Für die Politische Ökonomie gilt der Grundsatz, dass eine politikwissenschaftliche Analyse, die unter ‚Wirtschaft‘ nur ein weiteres Politikfeld mit überwiegend nichtstaatlichen Akteuren versteht, genauso unzureichend bleiben muss wie eine ökonomische Untersuchung, die meint, objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten identifizieren zu können ohne die gesellschaftliche und politische Einbettung der wirtschaftlichen Aktivität zu berücksichtigen.⁴ IPÖ bedeutet folglich mehr, als nur Außenwirtschaftspolitik oder internationale Wirtschaftsbeziehungen zu untersuchen. Grundlegende Fragen der Politischen Ökonomie sind:

1. Welche sind die ökonomischen Voraussetzungen für politische Prozesse, (Macht-) Verhältnisse und Entscheidungen? Und umgekehrt:
2. Welche sind die politischen Voraussetzungen ökonomischer Entwicklungen?⁵

Vertreter der Politischen Ökonomie bzw. IPÖ kommen sowohl aus der Wirtschaftswissenschaft (beispielsweise Susan Strange, Dani Rodrik) als auch aus der Politikwissenschaft (Robert Cox, der den neogramscianischen Ansatz geprägt hat).⁶ Historisch war ‚Politische Ökonomie‘ auch schon Synonym für Wirtschaftswissenschaften, insbesondere mit Blick auf die klassische

¹ List, Martin (2005): *Internationale Politik studieren*. S.153.

² Andersen, Uwe (2006): *Politische Ökonomie*. S.5.

³ Stefan Schirm schreibt: „Was bei Adam Smith im 19. Jahrhundert noch als *Wealth of Nations* bezeichnet wurde und in der damaligen Wissenschaft die *Nationalökonomie* war, lässt sich heute immer weniger als nationales Phänomen begreifen.“ Dabei ist zu bedenken, dass auch Smiths „Wohlstand der Nationen“ auf grenzüberschreitendem Handel und internationalen Vereinbarungen beruhte.

Schirm, Stefan (2006): „Globalisierung als Gegenstand der Internationalen Politischen Ökonomie“. S.95; vgl. Rodrik, Dani (2012): *The Globalization Paradox*. S.13ff.

⁴ Vgl. Sedlacek, Tomas (2012): S.17 („Wer *nur* Ökonom ist, wird nie ein guter Ökonom sein“); Strange, Susan (1996): *The Retreat of the State*. S.31.

Abzugrenzen von der politische Ökonomie im obigen Sinne, ist die *Neue Politische Ökonomie*, die das „Instrumentarium der Wirtschaftswissenschaften auf Fragestellungen der Politikwissenschaft und politischer Akteure“ anwendet. Der methodische Einfluss der Neuen Politischen Ökonomie auf die Politikwissenschaft schlägt sich beispielsweise in der *Rational Choice*-Theorie über das „nutzenmaximierende“ Verhalten von Akteuren nieder.

Himmelman, Gerhard (2006): „Profilbildung im Problemfeld Politik/Wirtschaft“. S.17; vgl. Rotte, Ralph (2005): „Eine Einführung in die IPÖ“. S.9.

⁵ Es handelt sich hier um eine vereinfachte Darstellung der „erkenntnisleitende[n] Fragen der Politischen Ökonomie“ nach Gerhard Himmelman, ders. (2006): S.19.

⁶ Vgl. Andersen, Uwe (2006): S.8; Bieling, Hans-Jürgen (2011a): *Internationale Politische Ökonomie*. S.10ff; Overbeek, Henk (2002): „Transnational historical materialism“. S.171.

Ökonomik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.¹ Der in der vorliegenden Arbeit dominierende Ansatz steht der Politikwissenschaft und ihrem Teilgebiet der *Internationalen Beziehungen* (IB) etwas näher. Insbesondere bedient sich diese IPÖ ähnlicher Paradigmen wie die IB.

IPÖ wird in Deutschland häufig als „Nachholbewegung“ beschrieben, die der Wissenschaft in anderen westlichen Ländern hinterherhinkte und erst „noch um Anerkennung kämpfen [müsse]“,² wohingegen das Konzept der IPÖ im anglo-amerikanischen Raum deutlich weiter verbreitet sei. Als Grund dafür ließe sich anführen, dass in Deutschland „Politik- und Wirtschaftswissenschaften oft getrennte Wege [gehen]“. ³ Zum Teil stößt der interdisziplinäre Charakter der IPÖ in „traditionsbewussten“ Teilen des Wissenschaftsbetriebs auf Ablehnung.⁴ Zudem wird Politische Ökonomie oft dahingehend missverstanden, dass sie weniger eine Wissenschaft als ein Programm sei, das politische Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen vorschreibe. Dies ist, wie noch gezeigt wird, keineswegs der Fall. Inwiefern IPÖ überhaupt normativ ist, hängt vom theoretischen und paradigmatischen Standpunkt ab. In den folgenden Abschnitten werden dafür Beispiele genannt.

2.2 Internationale Beziehungen als Inspirationsquelle der IPÖ

IPÖ ist auf eine theoretische Fundierung angewiesen, die ordnet und erklärt. Politikwissenschaft, die hier als „Wissenschaft von politisch-sozialer Herrschaft“⁵ verstanden wird und ihr Teilgebiet, die IB, dienen dabei als wertvolle Inspirationsquelle, auch wenn dies dazu führt, dass die IPÖ deren Konflikte übernimmt. In den folgenden Abschnitten erfolgt eine Annäherung an die Begriffe der Theorie sowie die traditionellen Paradigmen des *Realismus* und *Idealismus*. Das für diese Arbeit maßgebliche Paradigma einer *kritischen* IPÖ wird anschließend in einem eigenen Kapitel erörtert.

2.2.1 Zur Bedeutung von Theorie

Ein grundlegendes Problem ist, dass es für die IB keine eindeutige und allgemein akzeptierte Definition von Theorie gibt. Allenfalls bietet die Minimaldefinition, die Reinhard Meyers mit Bezug auf die IB aufstellt, eine Orientierung:

„Theorie ist ein System beschreibender und erklärender Aussagen über Regelmäßigkeiten, Verhaltensmuster und Wandel des internationalen Systems und seiner Handlungseinheiten, Prozesse und Strukturen.“⁶

Freilich ist selbst dieser sehr allgemeine Begriff von Theorie umstritten. Das liegt unter anderem daran, dass sich über die Jahrzehnte eine „Fülle theoretischer Konzepte“

¹ Vgl. Caporaso, James A. und David P. Levine (1992): *Theories of Political Economy*. S.55.

² Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.7; vgl. Himmelmann, Gerhard (2006): S.18.

³ Schirm, Stefan (2006): S.96.

⁴ Vgl. Andersen, Uwe (2006): S.8.

⁵ Kammler, Jörg (1968): „Gegenstand und Methode der politischen Wissenschaft“. S.9.

⁶ Meyers, Reinhard (2008): „Theorien der internationalen Beziehungen“. S.473.

herausgebildet hat, die miteinander um die Deutungshoheit des IB-Begriffs konkurrieren und in einem „engen Wechselverhältnis mit ihren [...] sozioökonomischen Kontexten“ stehen.¹

Eine Sozialwissenschaft steht zudem unter dem Druck, sich neuen Umständen im Wandel der Zeit anzupassen.² Es sind zwei Arten des Wandels zu unterscheiden: Einerseits ändern sich die Objekte, welche die Wissenschaft untersucht, andererseits ändert sich der Blick der Sozialwissenschaften auf die Welt. Ein typischer ‚objektiver‘ Faktor, der die Entwicklung von IB und IPÖ vorantreibt und erforderlich macht, ist die zunehmende Bedeutung grenzüberschreitender politischer und wirtschaftlicher Aktivitäten. In Zusammenhang mit dieser ‚Globalisierung‘ haben sich die Bedingungen politischen und wirtschaftlichen Handelns grundlegend verändert (siehe Exkurs 1: Globalisierung).³ Damit einher geht beispielsweise eine gewisse Erosion des Nationalstaates, während internationale Organisationen an Bedeutung gewinnen. Gleichwohl gehört das Phänomen ‚Staat‘ offenkundig noch lange nicht der Vergangenheit an.⁴ Es stellt sich also regelmäßig die Frage, ob keine Akteure übersehen wurden. Hinzu kommt, dass sich IPÖ nicht mit einer statischen Zustandsbeschreibung von Akteuren zufrieden geben kann. Auch ihr Verhalten muss untersucht werden und das schließt ein: Motive und Wahrnehmung, Wert und Normen, die sie prägen. Die IPÖ ist an dieser Stelle geneigt, den analytischen Fokus immer weiter einzustellen.⁵

Was den Wandel der Sozialwissenschaften als solche angeht, so stellen Thesen der Postmoderne den Wissenschaftsbegriff grundsätzlich in Frage. An die Stelle allgemein gültiger, objektiver Erkenntnisse tritt demnach eine Vielzahl von Diskursen, deren Aussagen als „räumlich-zeitlich-sprachlich kontextabhängig“ zu verstehen sind.⁶ In diesem Sinne muss sich auch die IPÖ vom Modell der Naturwissenschaften distanzieren und kann nicht beanspruchen, ‚immer gültige‘, objektive Gesetzmäßigkeiten aufzudecken. Allerdings braucht IPÖ theoretische Kategorien, um das, was sich (vermutlich) nicht wertungsfrei beobachten lässt, einordnen zu können.⁷

Charakteristisch für IB und IPÖ ist, dass es für sie nicht *die* Theorie, sondern einen Pluralismus teilweise konkurrierender Theorien und ‚Theriefamilien‘ gibt. Daraus ergeben sich unterschiedliche Herangehensweisen, die in der deutschsprachigen Literatur als ‚Großtheorien‘, ‚Schulen‘ oder ‚Paradigmen‘ bezeichnet werden. Jedes Paradigma kennt ein paar aus der jeweiligen Sicht unverrückbare Prinzipien und ist durch ein bestimmtes Weltbild, ein gewisses „ethisch-normatives Vorverständnis“⁸ geprägt. Die Vielfalt der Paradigmen und der Interpretationen dessen, was Theorie ist und was überhaupt der Erkenntnisgegenstand der Wissenschaft sein soll, kann auf den ersten Blick verwirren. Das sollte aber nicht als Hindernis betrachtet werden, sondern eher als eine Chance, um einen weiteren Blickwinkel zu gewinnen. Jedes Paradigma wird von einem speziellen Erkenntnisinteresse geleitet und beleuchtet deshalb

¹ Meyers, Reinhard (2008): S.474; vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): *Understanding International Relations*. S.7f („Theory, at its simplest, is reflective thought“).

² Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.19.

³ Vgl. Scholte, Jan Aart (2005): *Globalization*. S.178ff; Strange, Susan (1996).

⁴ Die Vereinten Nationen zählen im Jahr 2012 193 Mitglieder, jüngste Mitgliedstaaten sind die Schweiz und Ost-Timor (beide 2002), Montenegro (2006) und Süd-Sudan (2011).

Vgl. Schirm, Stefan (2006): S.96ff.

⁵ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.14; Cox, Robert (1981): „Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen“. S.28f.

⁶ Meyers, Reinhard (2008): S.476.

⁷ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.10, 58.

⁸ Meyers, Reinhard (2008): S.481.

einen bestimmten Aspekt des Untersuchungsgegenstandes etwas stärker, als es die anderen Paradigmen tun würden.¹ So stehen die Paradigmen grundsätzlich im Gegensatz zueinander, können aber durchaus „koexistieren“² und sich bisweilen sogar in einer „pluralistische[n] Herangehensweise“ ergänzen:

„[Paradigmen sind] Gedankengebäude, die es zu durchwandern und durchstöbern gilt. Dabei ist niemand verpflichtet, ein Leben lang nur ein Haus zu bewohnen. Vielmehr lohnt es, alle Häuser aufzusuchen – denn jedes bietet beachtenswerte Ausblicke“.³

Historisch dominieren allerdings die Paradigmen des sogenannten *Realismus* und *Idealismus*.⁴ Der Konflikt zwischen diesen beiden prägte lange Zeit die Debatten der IB.⁵ Auch wenn IB und IPÖ heute stärker ausdifferenziert sind, lassen sich viele wissenschaftliche Thesen immer noch gut diesen ‚großen‘ Paradigmen zuordnen. Zudem ist das Denken und Argumentieren von Entscheidungsträgern bis in die Gegenwart von ihnen geprägt.⁶

2.2.2 Realismus und Merkantilismus

Der *Realismus* ist eines der bedeutendsten Paradigmen der IB und kann auf eine lange Tradition zurückblicken – er beruft sich sogar auf den Athener Thukydides und dessen Aufzeichnungen des Peloponnesischen Krieges im fünften vorchristlichen Jahrhundert. Unter anderem beschreibt Thukydides das Machtstreben als eine historische Konstante und zeigt die Bedeutung wirtschaftlicher Ressourcen für die mit dem Machtstreben verbundene Kriegsführung auf.⁷ Ein zweiter wichtiger Bezugspunkt ist das, vom englischen Bürgerkrieg geprägte, Weltbild von Thomas Hobbes: Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Er hat die Freiheit, schöpferisch zu wirken, aber eben auch die Freiheit zu zerstören und aus dieser unveränderlichen Widersprüchlichkeit seines Charakters resultiert Verunsicherung, sogar Angst. Das heißt nicht, dass alle Menschen notwendigerweise destruktiv sind, aber selbst wenn es nur wenige sind, muss ein jeder darauf vorbereitet sein, eine Aggression abzuwehren. Weil dieser permanente Existenzkampf jeden Einzelnen überfordert, tritt der Staat als ordnende Instanz auf. Erst seine Autorität ermöglicht einen gesellschaftlichen Fortschritt.⁸

Ein dritter, wesentlicher Ausgangspunkt des Realismus ist die Knappheit von Ressourcen. Die Entwicklung sozialer Beziehungen wird deshalb auf einen unvermeidlichen Verteilungskonflikt zurückgeführt, der als Nullsummenspiel begriffen wird.⁹ Eine Ordnung, wenn es denn gelingt sie herzustellen, wird darum immer hierarchisch, mit Gewinnern und Verlieren sein müssen. Auf die internationale Ebene übertragen bedeutet das folgendes:

¹ Vgl. Meyers, Reinhard (2008): S.480f.

² List, Martin (2005): S.24.

³ List, Martin (2005): S.25.

⁴ Die folgende Einteilung orientiert sich am Schema Martin Lists (2005), das um einige Charakterisierungen durch andere Autoren, namentlich Chris Brown und Kirsten Ainley (2005) – stellvertretend für die Perspektive der englischsprachigen Wissenschaft – ergänzt wurde.

⁵ Vgl. Meyers, Reinhard (2008): S.484.

⁶ Vgl. van der Pijl, Kees (1996): *Vordenker der Weltpolitik*. S.15.

⁷ „[T]he fundamental nature of international relations has not changed over the millennia“, erklärt dementsprechend Robert Gilpin. Ders. (1981): *War and Change in World Politics*. S.7.

Vgl. List, Martin (2005): S.25f; Waltz, Kenneth (1959): *Man, the State and War*. S.159.

⁸ Vgl. van der Pijl, Kees (1996): S.18, 56f.

⁹ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.26.

- Sich durchzusetzen erfordert umfangreiche Ressourcen und ein Gewaltmonopol. Deshalb können letztlich nur Staaten die Hauptakteure sein,¹
- Zwischen den Staaten besteht keine natürliche Ordnung („Anarchie“), eine übergeordnete Instanz fehlt. Die Staaten sind deshalb natürliche Rivalen und es ist immer mit Konflikten zu rechnen.²

Aus dieser Perspektive dient der Erwerb von Macht noch nicht einmal dazu, seinen Nächsten zu schwächen, sondern lediglich dazu, für sich selbst ausreichend Sicherheit zu gewinnen und dadurch die eigene Handlungsfreiheit zu bewahren.³ Freilich können solche „Selbstverteidigungsmaßnahmen“ auf Außenstehende, das heißt andere Staaten, sehr verunsichernd wirken, was den Kriegsbesorgungen der *Realisten* mitunter den „Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung“ verleiht.⁴ Einen Ausweg würde aus Sicht des Realismus nur ein ordnungsstiftender – und durchaus tyrannischer – ‚Weltstaat‘ ermöglichen.

Nach 1945 hat sich aus dem *Realismus* der *Neorealismus* herausgebildet, der sich eingängiger mit der Möglichkeit einer erfolgreichen Kooperation zwischen Staaten befasst. Ausgangspunkt dafür ist die Einsicht, dass sich ein absoluter Gewinn – also uneingeschränkte Herrschaft – oft nicht realisieren lässt, ohne dass der Staat sich völlig übernehmen würde. Stattdessen kann auch ein relativer Gewinn eine akzeptable Lösung sein, wenn das Ergebnis ausreicht, um die primären Interessen eines Staates zu verwirklichen. Kenneth Waltz, der wesentlich diese Weiterentwicklung des Realismus betrieben hat, zieht dabei explizit Analogien zur neoklassischen Wirtschaftstheorie. Weder Staaten noch Unternehmen hätten demnach ein besonderes Interesse am Überleben ihrer Konkurrenz, dennoch könne es für sie rational sein, Koexistenz zu akzeptieren und sogar zu kooperieren, statt sich auf einen für beide Seiten verlustreichen Vernichtungskrieg einzulassen.⁵

Gleichwohl gebietet auch der Neorealismus eine gewisse Skepsis gegenüber der Zuverlässigkeit internationaler Kooperation, sei es durch Abkommen oder gemeinschaftliche Institutionen. Internationale Organisationen können demgemäß „keine wirkliche Autonomie“⁶ entwickeln und stehen vielmehr im Verdacht, dass sie primär dazu dienen, die Zwecke der (durchsetzungsfähigsten) Mitgliedstaaten zu realisieren.⁷ Wären solche Organisationen hingegen wirklich eigenständig, so drohten sie, solange es noch souveräne Staaten gibt, an mangelnder Unterstützung durch dieselben zu scheitern. Der Völkerbund gilt dem Neorealismus deshalb als Menetekel.⁸

Den Vertretern eines ‚realistischen‘ Paradigma ist die Verknüpfung zwischen (politischer) Macht und (wirtschaftlichem) Reichtum nicht entgangen. Deshalb lässt sich in Analogie zum Realismus der IB auch ein entsprechendes politökonomisches Paradigma konzeptualisieren, das

¹ Vgl. Gilpin, Robert (1981): S.17.

² Vgl. Waltz, Kenneth (1959): S.14, 187ff.

³ Vgl. Meyers, Reinhard (2008): S.493; Gilpin, Robert (1981): S.7; Waltz, Kenneth (1959): S.166ff, 204.

⁴ List, Martin (2005): S.28.

C. Wright Mills hat diese Problematik anschaulich in ‚Politik ohne Verantwortung‘ (im Original: ‚The Causes of World War Three‘) beschrieben. Vgl. ders. (1963): *Politik ohne Verantwortung*. S.7ff.

⁵ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.43ff; Meyers, Reinhard (2008): S.493ff.

⁶ Cox, Robert (1998): „Multilateralismus und Weltordnung“. S.96.

⁷ Vgl. Gilpin, Robert (1981): S.9; Scholte, Jan Aart (2005): S.127.

⁸ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.25ff; Waltz, Kenneth (1959): S.84, 110f.

als *Merkantilistischer Realismus* bezeichnet werden kann.¹ Damit wird Bezug genommen, auf die Theorie Jean-Baptiste Colberts, welche die Akkumulation von Handelsüberschüssen zur wirtschaftspolitischen Staatsraison erhebt. Ökonomie wird so zu einem Instrument im zwischenstaatlichen Konkurrenzkampf. Staaten, als Volkswirtschaften begriffen, konkurrieren um möglichst große Anteile auf einem gegebenen Weltmarkt. Der größte Anteil ergibt den größten Handelsüberschuss, der wiederum Ressource für die Sicherung und den Ausbau staatlicher, in der Regel nationaler, Stärke ist.² Der historische Merkantilismus gilt spätestens seit dem 19. Jahrhundert als überholt, weil er eine staatliche Lenkung der Wirtschaft impliziert, die mit der seitdem favorisierten liberalen Wirtschaftsordnung nicht vereinbar ist. In verallgemeinerter Form – als Instrumentalisierung der Ökonomie in der internationalen Staatenkonkurrenz – ist er aber so stark wie eh und je als Paradigma der IPÖ präsent.

2.2.3 Idealismus und die ‚liberale Schule‘

Der Gegensatz zwischen Idealismus und Realismus zeigt sich bereits im Menschenbild. Im Idealismus ist der Mensch von Natur aus nicht etwa in einem Zustand der Unsicherheit und latenten Aggressivität gefangen, sondern optimistisch und vernunftbegabt. An dieser Vernunft orientiert sich sein Handeln.³ Der chaotische und konfliktgeladene Naturzustand, den der Realismus beschreibt, ist dadurch nicht aufgehoben, tritt aber ebenso in den Hintergrund wie die Bedeutung des Staates. Die Welt aus der Sicht des Idealismus ist zunächst eine weltumspannende „Gesellschaft der Individuen“.⁴ Diese Individuen sind die Hauptakteure der internationalen Politik. Staaten sind lediglich eine besonders auffällige Form „gesellschaftlicher Zusammenschlüsse“, so wie alle anderen Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen.⁵ Anders als im Realismus sind Politik und Wirtschaft auch nicht zwangsläufig ein Nullsummenspiel, denn der Idealismus unterstellt grundsätzlich *Interdependenz*. Demnach besteht zwischen allen Akteuren eine wechselseitige Abhängigkeit und die Realisierung eigener Interessen wird schlichtweg erleichtert, wenn jeder die Interessen der anderen berücksichtigt: Kooperation wird belohnt und dient allen („an underlying harmony of real interests“).⁶

Als ‚ordnende Kraft‘ setzt der Idealismus erstens auf die Vernunft des Menschen und die damit einhergehende Einsicht in die Interdependenz, zweitens – gewissermaßen als Absicherung – auf die Rechtsstaatlichkeit oder *Kraft der Verträge* („rule of law“). Der Idealismus ist damit merklich von der Aufklärung und dem Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts beeinflusst.⁷ Adam Smith (*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1776), Vorreiter des Wirtschaftsliberalismus und der ökonomischen Klassik, prägte den Gedanken, dass Menschen keineswegs aus Philanthropie Handel betreiben müssten, sondern ihrem egoistischen Gewinnstreben folgen dürften und sogar müssten, um dennoch das für den allgemeinen Wohlstand beste Ergebnis zu erzielen. Marktkräfte (die ‚unsichtbare Hand‘) lenkten die

¹ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.29ff.

² Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.147; Gilpin, Robert (1981): S.220.

³ Vgl. Sylvest, Casper (2013): „Theoretical Foundations of Liberal Order“. S.176ff.

⁴ Meyers, Reinhard (2008): S.489.

⁵ Meyers, Reinhard (2008): S.493; vgl. List, Martin (2005): S.31; Rode, Reinhard (2001): *Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen*. S.12.

⁶ Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.22; vgl. Rode, Reinhard (2001): S.29.

Jeremy Bentham unterstellt folglich, dass alles was eine Nation reicher mache, automatisch auch jeden begünstige, der Teil dieser Nation ist. Vgl. Onfray, Michel (2008): *L'Eudemonisme social*. 118f.

⁷ Vgl. Kant, Immanuel (1795): „Zum ewigen Frieden“. S.252; Sylvest, Casper (2013): S.176.

eigennützigen Triebe der handeltreibenden Menschen in die gesellschaftlich wünschenswerten Bahnen, solange sich nur alle Beteiligten an vereinbarte vernunftbasierte Regeln bzw. Verträge hielten.¹ Zudem nähmen die wohlfahrtssteigernden Effekte des Handels und der damit verbundenen Arbeitsteilung mit der Größe des Marktes zu, was dafür spreche, eine staatenübergreifende Marktintegration zu fördern.²

Nun ist internationaler Handel aber nur möglich, wenn die Staaten friedliche Beziehungen zu einander pflegen. Idealismus in der IB kann deshalb als „Verallgemeinerung des liberalen *Handel-stiftet-Frieden*-Arguments“³ betrachtet werden, wie es etwa von Immanuel Kant, John Stuart Mill und Richard Cobden vertreten wurde.⁴ Die nach 1918 einsetzende universitäre Forschung über internationale Beziehungen im Rahmen eines idealistischen Paradigmas hatte dementsprechend den Zweck, das Vertrauen in eine internationale Rechtsordnung zu stärken und der Entstehung kriegischer Konflikte entgegenzuwirken.⁵ In seiner Fortführung prägt dieses Paradigma Politik weltweit und insbesondere in den westlichen Industriestaaten bis heute, was sich auch in der Logik der europäischen Integration niederschlägt.⁶

Durch diese Verknüpfung von friedlicher Außenpolitik mit einem ökonomischen Denken, das Wirtschaft immer auch als Außenwirtschaft begreift, ist der Idealismus a priori prädestiniert für eine progressive IPÖ. In diesem Zusammenhang besteht auch die Bezeichnung des Paradigmas als *Liberaler Internationalismus*.⁷ Hier ist auf Adam Smith zurückzukommen. Weil er als einer der ersten zwischen den individuellen Motiven der Wirtschaftstreibenden und den gesamtwirtschaftlichen Mechanismen unterschied, leistete er einen bedeutenden Beitrag zur Politischen Ökonomie in seiner Zeit und zur späteren Makroökonomik.⁸ Er hat die IPÖ damit aber auch entscheidend geschwächt, denn mit seinem „Plädoyer für eine weitgehende wirtschaftliche Zurückhaltung des Staates [leitete er] die spätere Ausblendung der politischen Prozesse in der politischen Ökonomie der Klassik ein“. ⁹ Die klassische IPÖ ist deshalb überraschend apolitisch.¹⁰ Kennzeichnend ist die Separierung von Wirtschaft und Politik als

¹ Herzog, Lisa (2013): *Freiheit gehört nicht nur den Reichen*. S.42f.

Wie David Graeber hervorhebt, handelt es sich hier um eine liberale Utopie. Der ‚freie‘ Tausch von Gütern bzw. Waren gegen Geld auf Märkten war zu Smiths Zeiten eine Ausnahme. Vgl. Graeber, David (2014): *Debt*. S.335, 353f.

² Über Smith und den Wirtschaftsliberalismus vgl. Stapelfeld, Gerhard (2012): *Der Geist des Widerspruchs*. S.143f; Vockel, Joachim (2003): *Kreislauf und Krise*. S.23f.

Die Vorzüge des Freihandels aus liberaler Sicht vgl. Mises, Ludwig (1927/2006): *Liberalismus*. S.82ff (gegen Monopole), S.115ff (für den effizientesten Einsatz von ‚Arbeit und Kapital‘).

³ List, Martin (2005): S.31.

⁴ Vgl. Kant, Immanuel (1795): S.255; Waltz, Kenneth (1959): S.103, 113ff.

⁵ Der Idealismus prägte insbesondere die Anfänge der modernen IB in der universitären Forschung Großbritanniens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert. Diese konzentrierte sich zunächst darauf, die Ursachen des Ersten Weltkrieges zu ergründen. Meyers bezeichnet die IB deshalb als „Folge des Ersten Weltkrieges“ und als eine „Kriseninterpretations- und Krisenbewältigungswissenschaft“. Die Konzeption des Völkerbundes ist eng mit dem Idealismus verbunden.

Meyers, Reinhard (2008): S.483; vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.9, 20ff.

⁶ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.147f; Thiemeyer, Guido (2010): *Europäische Integration*. S.73f, 163ff.

⁷ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.33ff.

⁸ Vgl. Herrmann, Ulrike (2017): *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung*. S.42.

⁹ Andersen, Uwe (2006): S.6; vgl. Ptak, Ralf (2007): „Grundlagen des Neoliberalismus“. S.29.

¹⁰ Vgl. Scherrer, Christoph (2005): „Internationale Politische Ökonomie“. S.1.

entgegengesetzte Sphären, von denen die eine, ökonomische, durch Effizienzstreben, die andere durch Machtstreben geprägt sei.¹

Damit verbunden ist die Annahme, dass die Sphäre der Wirtschaft zu einem natürlichen Gleichgewicht tendiert (‚inhärente Stabilität‘) und sich damit ‚selbst reguliert‘.² Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte und bis heute dominierende neoklassische Ökonomik hat die Grundsätze der Klassik im Wesentlichen übernommen, betont aber noch viel mehr die ‚reine Ökonomie‘ und begründet damit einen Trend zur naturwissenschaftlichen Orientierung und ‚Mathematisierung‘ der Wirtschaftslehre.³ Zwar wurde das Modell in Hinblick auf die Möglichkeit äußerer Einflüsse (*externe Schocks*) erheblich erweitert. Es ist jedoch nach wie vor ein unverrückbarer Grundsatz neoklassischer Theorie, dass dauerhafte Ungleichgewichte auf ‚freien‘ Märkten nicht möglich seien.⁴

Auch John Maynard Keynes (*The General Theory of Employment, Interest and Money*, 1936) kann dem Liberalen Internationalismus im weitesten Sinne zugeordnet werden. Zwar spricht er das Irrationale (‚animal spirits‘) sowie die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus explizit an und empfiehlt eine interventionistische, antizyklische Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Zudem weichen seinen Ideen für eine internationale Währungskooperation und die Regulierung von Leistungsbilanzsalden entschieden vom neoklassischen Liberalismus ab.⁵ Keynes teilt allerdings die Fortschrittsgläubigkeit der Liberalen und das Vertrauen in einen international organisierten Kapitalismus als Mittel zur allgemeinen Wohlstandsmehrung.⁶ Die von Keynes Ideen geprägte Wirtschaftsordnung der Nachkriegsperiode wird als ‚embedded liberalism‘, die entsprechende Politik auch als ‚interventionistischer Liberalismus‘ bezeichnet.⁷ Diese keynesianische

¹ Vgl. Caporaso, James A. und David P. Levine (1992): S.85ff, 159f („The free market eliminates authority-based allocation [...]. When we think of the market in this way, the terms ‚economy‘ and ‚power‘ repel each other.“).

² Dieses optimistische Verständnis einer in sich harmonischen Ökonomie ist unter anderem damit zu erklären, dass beispielsweise Pauperismus oder Massenarbeitslosigkeit zu Zeiten Smiths noch nicht dieselbe Bedeutung wie ab dem 19. Jahrhundert hatten. Störungen des Wirtschaftskreislaufs ließen sich auf *äußere* Faktoren zurückführen, etwa die Auswirkungen des Wetters auf die Getreideernte. Vgl. Altmann, Jörn (2009): *Volkswirtschaftslehre*. S.180f, 193ff; Vockel, Joachim (2003): S.23ff. Karl Kautsky erklärt die Krisenleugnung der ‚bürgerlichen‘ Ökonomie folgendermaßen: „Für die klassische Ökonomie, die Physiokraten, Adam Smith, Ricardo, bestand das Problem [der Krisen] noch nicht. Für die spätere bürgerliche Ökonomie musste es von vornherein unsympathisch sein. Denn die Krisen sind das memento mori der kapitalistischen Produktionsweise. [...]. Die bürgerliche Ökonomie neigte daher stets dazu, die Notwendigkeit der Krisen zu leugnen, sie aus Zufälligkeiten zu erklären, die später sehr wohl vermieden werden könnten. Eine Theorie der Krisen aufstellen, hieße deren Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit anerkennen.“

Kautsky, Karl (1911): „Finanzkapital und Krisen“. S.9f.

³ Wissenschaftsgeschichtlich betrachtet, erfolgte der Wechsel zur Neoklassik durch die Einführung der Grenznutzentheorie (‚Marginalistische Revolution‘). Vgl. Heinrich, Michael (1999/2017): *Die Wissenschaft vom Wert*. S.62; Sedlacek, Tomas (2012): S.354, 360f.

⁴ Vgl. Galbraith, John Kenneth (1994): *A journey through economic time*. S.73ff.

Exemplarisch für die ‚Gleichgewichts-Theorie‘ vgl. Greenspan, Alan (2008): S.368.

⁵ Vgl. Altmann, Jörn (2009): S.182f; Andersen, Uwe (2006): S.6, 53; Stanislaw, Joseph und Daniel Yergin (2001): *Staat oder Markt*. S.53.

Zur gegensätzlich Konzeption von Geldpolitik bei Neoklassikern und Keynesianern vgl. Heine, Michael und Hansjörg Herr (2008): S.12ff.

⁶ Vgl. Keynes, John Maynard (1930): „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“, in: Norbert Reuter (2007): S.135ff; Zinn, Karl Georg (2008): *Die Keynesische Alternative*. S.43.

⁷ Vgl. Caporaso, James A. und David P. Levine (1992): S.100ff.

Konfiguration zerfällt in den siebziger Jahren und wird durch ein *neoliberales* Paradigma verdrängt.

Das ‚neue‘ Paradigma rekurriert zum einem auf die Wirtschaftstheorie der Neoklassik und zum anderen auf Weiterentwicklungen des Liberalismus, die sich in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts herausbildeten, etwa in der *Österreichischen Schule*. Im neoliberalen Diskurs steht erneut die Kraft ‚sich selbst regulierender‘ Märkte im Mittelpunkt. Privatisierung und Deregulierung gelten als Schlüssel zum Erfolg einer ‚wettbewerbsfähigen (Markt-)Wirtschaft‘, als welche die Gesellschaft nun begriffen wird.¹ Daneben wird eine Zunahme äußerer Zwänge infolge technischer Neuerungen und weltwirtschaftlicher Integration (‚Globalisierung‘) konstatiert, die fast ununterbrochen gesellschaftliche Anpassungen erforderlich mache.² Anders als in vergangenen Zeiten oder in geschlossenen Volkswirtschaften sei ein politisches Gegensteuern nicht möglich, allenfalls lasse sich mit dem nötigen technisch-ökonomischen Sachverstand der Prozess der Anpassung lenken.³ Das neoliberale Paradigma konzidiert, dass solche Anpassungsprozesse Opfer verlangen (etwa in Form temporärer Einkommensverluste und Einschnitten in die Sozialsysteme), betrachtet sie aber als unumgängliche ‚Reinigungsprozesse‘ und letztendlich als wohlfahrtschaffend.⁴

2.3 Drei Ansätze zu einem kritischen Paradigma

Bei dem dritten und für die vorliegende Arbeit bestimmenden Paradigma, handelt es sich streng genommen um ein Bündel von eng verwandten Ansätzen, die hier als kritisches Paradigma zusammengefasst werden. Gemeinsam ist allen darin begriffenen Ansätzen der Anspruch, einerseits den als beengend empfundenen liberalen Standpunkt zu verlassen, andererseits aber nicht hinter dessen Vernunftorientierung zurückzutreten. Das kritische Paradigma versteht sich in mancher Hinsicht als der bessere Liberalismus. In den folgenden Abschnitten werden zunächst drei historische Strömungen und Theorie-Ansätze vorgestellt, welche die Grundlage für die anschließend erklärte kritische IPÖ bilden.

2.3.1 Sozialistische Kritik an Liberalismus und Kapitalismus

Die sozialistische Bewegung im 19. Jahrhundert verstand sich „von Anfang an als eine Kritik am bürgerlichen Liberalismus, der bis dahin noch das eigentliche Erbe der Aufklärung hütete: Das Engagement für persönliche Freiheit und Vernunft“.⁵ Die frühen Kritiker des Liberalismus stellten aber fest, dass dieser mit einem emanzipatorischen Versprechen warb, das nur partiell erfüllt wurde, und dass das Bürgertum nicht uneingeschränkt bereit war, die dem Adel abgerungenen Rechte und Freiheiten mit dem Proletariat zu teilen. Auch war und ist nicht ersichtlich, was an den sozialen Verwerfungen, welche die Industrialisierung nach sich zog und

¹ Vgl. Engartner, Tim (2007): „Privatisierung und Liberalisierung“. S.87ff.

Beispielhaft: von Hayek, Friedrich A. (1963/2003): *Recht, Gesetz und Freiheit*. S.263ff.

² Vgl. Stapelfeld, Gerhard (2012): S.320ff.

³ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.167f; Peters, Michael (2001): *Poststructuralism, Marxism, and Neoliberalism*. S.129f; Rosa, Hartmut (2013): „Kritik der Zeitverhältnisse“. S.44ff.

⁴ „Der Liberale ist wie ein Arzt, der streng zu seinem Patienten ist, aber nur das Beste für ihn will.“ Mises, Ludwig (1927/2006): S.93.

⁵ Lichtheim, George (1968): *Ursprünge des Sozialismus*. S.14.

welche die bürgerlichen Industriellen in Kauf nahmen, ‚vernünftig‘ sein sollte.¹ Stattdessen erlebten die Sozialisten Ausbeutung als „Normalzustand“ der liberalen, kapitalistischen Produktionsverhältnisse.²

Karl Marx hat die Kritik dieser Verhältnisse in seinem berühmten Hauptwerk *Das Kapital* (1867) wissenschaftlich ausgearbeitet und auf den Punkt gebracht. Die Produktionsverhältnisse sind demnach gekennzeichnet durch Warenproduktion unter den Bedingungen marktvermittelter Konkurrenz und das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das namensgebende Kapital ist nicht einfach nur ‚Geld‘ oder ein Produktionsmittel, sondern eine „Wertsomme, deren Zweck es ist, sich zu ‚verwerten‘, das heißt Gewinn abzuwerfen“.³ Der Kapitalismus unterscheidet sich darin von früheren Verhältnissen, in denen zwar Schätze angehäuft wurden, die Produktion aber primär der Bedarfsdeckung diene – viel mehr war vor der Industrialisierung oft nicht möglich.⁴ Im Kapitalismus ist die Verwertungslogik allerdings keine Option, sondern ein Muss. Der Kapitalist und Eigentümer von Produktionsmitteln muss gegen die Konkurrenz bestehen, der Arbeiter, dessen Arbeitskraft den produzierten Waren (Mehr-)Wert hinzufügt, muss seinen Unterhalt verdienen. Daraus folgt der Gegensatz von kommandierendem Kapital und wertschaffender Arbeit. Ausbeutung findet nicht statt, weil die Kapitalisten schlechte oder unmoralische Menschen sind (das wäre eine konservative Kritik), sondern weil die Verhältnisse gar nichts anderes zulassen.⁵ Der Kapitalismus erweist sich somit als ein „systemisches Herrschaftsverhältnis, das Zwänge produziert“.⁶

Die Akkumulation (Bildung und Vermehrung von Kapital) will also permanent weitergetrieben werden, ist aber nicht steuerbar, was zu Überproduktion und damit in die Krise führt.⁷ Diese Krise lässt sich wiederum nur überwinden bzw. vermeiden, indem entweder Kapital vernichtet wird oder indem neue Märkte erobert bzw. geschaffen werden. Letzteres erfordert neue geographische und gesellschaftliche Räume für die kapitalistische Verwertung zu erschließen.⁸ Diese Funktion übernimmt der ‚bürgerliche‘ Staat, zudem sichert er das Eigentum der Vermögenden ab – vorzugsweise durch das Recht, wo er nicht anders kann durch Polizei- und Militärgewalt. Der Staat ist aus dieser Sicht keine neutrale Instanz, sondern Repräsentant und Handlungsorgan einer herrschenden Klasse.⁹ In dem Maße, in dem er nicht nur Einzelinteressen bedient, sondern

¹ „In der Vergangenheit hatte man solche Forderungen [die elementaren Bedürfnisse der Menschen gleichmäßig zu berücksichtigen] als undurchführbar zurückgewiesen. Nun jedoch, da die industrielle Revolution gewaltige Produktionskräfte freisetzte und neue Perspektiven für die Schaffung von Reichtümern eröffnete, fiel es schwer, die gleichmäßige Befriedigung der materiellen Bedürfnisse aller [...] abzulehnen]. [A]llgemeine Wohlfahrt [war] in der Tat praktikierbar.“ Lichtheim, George (1968): S.18.

² Heinrich, Michael (2005): *Kritik der politischen Ökonomie*. S.94.

³ Heinrich, Michael (2005): S.15; vgl. Kocka, Jürgen (2013): *Geschichte des Kapitalismus*. S.20f. Im *Kapital* kommt dies in der bekannten Formel G-W-G‘ zum Ausdruck. Ebenda: S.161ff.

⁴ Vgl. Fisahn, Andreas (2016): *Die Saat des Kadmos*. S.35-40.

⁵ „Kapitalist und Grundeigentümer“ sind in den Worten von Karl Marx nur „die Personifikation ökonomischer Kategorien, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen“. „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt [...] den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag“. Marx, Karl (1867/2013): *Das Kapital*. S.16; vgl. a.a.O. S.100, 247, 591, 618; Lenk, Kurt (2009): S.14.

⁶ Heinrich, Michael (2005): S.15; vgl. Marx, Karl (1867/2013): S.286.

⁷ Vgl. Marx, Karl und Friedrich Engels (1848/2011): *Manifest der Kommunistischen Partei*. S.26f; Marx, Karl (1867/2013): S.167f; 475f.

⁸ Vgl. Heinrich, Michael (2005): S.169ff; Kocka, Jürgen (2013): S.10ff.

⁹ „[Der Staat ist] die Form, in welcher die Individuen einer herrschend Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen“. Marx, Karl und Friedrich Engels (1846/1990): *Die deutsche Ideologie*. S.62.

die „allgemeinen materiellen Bedingungen der Kapitalakkumulation [gewährleistet]“, wird er zum „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Friedrich Engels).¹ Der Staat kann dabei zunehmend autoritäre Formen annehmen² oder zum expansionsgetriebenen, ‚imperialistischen‘ Aggressor werden.³

Es mangelt nicht an Einwänden gegen den Sozialismus und Marx. Neben offensichtlichen Fehlern, wie der irrtümlichen Prognose des „unvermeidlichen Sieg[es] des Proletariats“⁴, wird beispielsweise die (Über-)Betonung des Ökonomischen von Neomarxisten in Frage gestellt.⁵ Nicht zuletzt die Auffassung, dass die Geschichte einer ökonomischen Gesetzmäßigkeit folge (‚historischer Materialismus‘), ist problematisch. Zudem erweist sich, dass mit dem Kapitalismus auch historische Fortschritte einhergingen und möglicherweise immer noch einhergehen können, wohingegen von seinem Zusammenbruch nicht immer gutes zu erwarten ist.⁶ Stören muss jedoch zumindest, dass der Kapitalismus „aus sich heraus wenig Widerstand gegen [seine] inhumane Verwendung“ und gegen zivilisatorische Rückschritte enthält.⁷ Mit Marx lassen sich die Probleme der kapitalistischen Ökonomie als systemisch begreifen, statt die vermeintliche Natur des Menschen oder ‚äußere‘ Störfaktoren (Zufall, Unglück, Verschwörung) dafür bemühen zu müssen,

Sozialistische Ansätze sind jedoch nicht auf eine ökonomische Analyse begrenzt, oder anders gesagt, ihre ökonomische Analyse erfordert die Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Aspekte. So war und ist es auch Ziel, den Liberalismus als „Klassenideologie einer besitzenden Minderheit“ zu entlarven.⁸ Die Sprache und die Art und Weise, in der liberale Ansätze die politische Ökonomie beschreiben, erscheint aus dieser Perspektive als ideologisches Instrument, das die Interessen der Herrschenden reflektiert und durchzusetzen hilft.⁹ *Kritik der politischen Ökonomie* lautet deshalb der Untertitel von Marx’ *Kapital* und bezieht sich damit sowohl auf die Wissenschaft als auch auf ihren Gegenstand. Gerade diese ‚Ideologiekritik‘ bildet einen wichtigen Anknüpfungspunkt für neuere wissenschaftliche Ansätze, welche die oben genannten Schwachstelle und Fehler überwinden wollen.

Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.68; Cox, Robert (1981): S.29.

¹ Heinrich, Michael (2005): S.211.

² Vgl. Fisahn, Andreas (2016): S.342.

³ Vgl. van der Pijl, Kees (1996): S.102f, 108f.

⁴ Marx, Karl und Friedrich Engels (1848/2011): S.33.

⁵ Vgl. Heinrich, Michael (2005): S.23 (‚kruder Ökonomismus [und] Determinismus‘); Scholte, Jan Aart (2005): S.130; Schwandt, Michael (2010): *Kritische Theorie*. S.20ff.

Auch wird der Begriff der Klassengesellschaft im engeren Sinne nicht immer der Komplexität einer modernen Gesellschaft gerecht. Vgl. Kocka, Jürgen (2013): S.99, 109f; Lordon, Frédéric (2010a): *Capitalisme, désir et servitude*. S.40ff.

⁶ Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hebt diese Problematik besonders hervor. „Emanzipation tritt ein, wenn Menschen ihre Geschichte bewusst und vernünftig selber machen, Fortschritt erfolgt in der dialektisch gedachten Aufhebung einer Gesellschaftsform in einer höheren. Ein Zusammenbruch [des Kapitalismus] genügt beiden Kriterien nicht und brächte vermutlich nur die Widerkehr einer historisch eigentlich längst überwundenen Barbarei.“ Schwandt, Michael (2010): S.61.

⁷ Kocka, Jürgen (2013): S.59; vgl. Harvey, David (2007): *A brief history of Neoliberalism*.

⁸ Lichtheim, George (1968): S.170.

⁹ „Aus dieser [Marx] Perspektive gesehen, war ‚Wirtschaftswissenschaft‘ keine politisch neutrale Disziplin [...]. Die Begriffe der politischen Ökonomie waren bereits so gestaltet, dass sie bürgerliche Eigentumsverhältnisse reflektierten.“ Lichtheim, George (1968): S.215, vgl. ders. S.41; Marx, Karl und Friedrich Engels (1846/1990): S.46f; Stapelfeld, Gerhard (2012): S.136.

2.3.2 Gramsci und der neogramscianische Ansatz

Der italienische Marxist Antonio Gramsci (1891-1937) war Publizist und politischer Aktivist. Ab 1927 vom faschistischen Regime eingesperrt, entwickelte er in der Haft eine (neo-)marxistische Theorie, die vor allem für ihren Begriff der *Hegemonie* bekannt ist. Ausgehend von der Geschichte der italienischen Nationalstaatsbildung und einer Krise des liberalen Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von der nicht – wie von den Kommunisten erhofft – die Rätebewegung sondern die Faschisten profitierten, stellte Gramsci Überlegungen an, wie sich Strategien zur Gewinnung und Absicherung von Herrschaft analysieren lassen, die nicht ausschließlich ökonomische Kräfteverhältnisse, sondern beispielsweise auch das Bildungssystem und die öffentliche Meinung einbeziehen.¹

Darauf aufbauend, ist ab Ende der siebziger Jahre ein neogramscianischer Ansatz der Kultur- und Politikwissenschaft entstanden, der heute ein essentieller Bestandteil kritischer IPÖ ist. Je nach Ausprägung werden die marxistischen Wurzeln dabei mehr oder weniger akzentuiert, manchmal auch ignoriert.² In jedem Fall hat der neogramscianische Ansatz den Vorzug, dass er einige „Probleme klassisch-marxistischer Herangehensweisen“, wie deren Ökonomismus überwindet.³ Sein Beitrag zur Wissenschaft liegt vor allem in der Analyse der ‚Ideenproduktion‘, die einen entscheidenden Einfluss auf die Politik und auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung nimmt.⁴

Der Hegemonie-Begriff im Sinne Gramscis

„Denn die bürgerliche Hegemonie erhält ihre Stabilität erst dadurch, dass sie im Alltagsverstand, in den alltäglichen Praxen und Selbstverständlichkeiten der Menschen verankert ist.“⁵

Mit Hegemonie im Sinne Gramscis ist nicht die militärisch erlangte, ‚imperialistische‘ Dominanz eines Staates über andere Staaten gemeint. Die betreffenden Akteure sind stattdessen gesellschaftliche Gruppen, die um „politische, geistige, kulturelle und moralische Führung in der Gesellschaft“⁶ streiten. Grundlage der Hegemonie ist daher ein ideeller Konsens, welcher die herrschenden Machtverhältnisse zu Gunsten einer gesellschaftlichen Gruppe legitimiert.⁷ Folglich sind auch das Denken, die Kultur und die Sprache der Menschen für die Analyse von Herrschaftsverhältnissen von Bedeutung.⁸ Hier geht es um die Deutungshoheit: Reden wir über ‚Kapitalismus‘ oder über ‚(soziale) Marktwirtschaft‘? Geht es ‚den Menschen‘ gut, wenn es ‚der Wirtschaft‘ gut geht und was ist überhaupt ‚die Wirtschaft‘?⁹ Auch einem ernstgemeinten Streitgespräch, etwa über ‚gute Wirtschaftspolitik‘, wird häufig ein Minimalkonsens über das, was ‚gut‘, ‚vernünftig‘ oder ‚realistisch‘ sein soll, zugrunde liegen, der das Diskussionsergebnis

¹ Vgl. Becker, Florian et al. (Hrsg.) (2013): *Gramsci lesen*.

² Kritik am ‚orientierungslosen‘ Umgang mit Gramsci, vgl. Heise, Mikiya und Daniel von Fromberg (2007): „Die Machtfrage stellen.“ S.110ff.

³ List, Martin (2005): S.37; vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.169f; Opratko, Benjamin (2012): *Hegemonie*. S.66, 73; Scherrer, Christoph (2005): S.12.

⁴ Vgl. List, Martin (2005): S.36f; Overbeek, Henk (2002): S.171.

⁵ Antonio Gramsci, zitiert in: Opratko, Benjamin (2012): S.45.

⁶ Fisahn, Andreas (2016): S.376.

⁷ Vgl. Cox, Robert (1983): „Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen“. S.69; Opratko, Benjamin (2012): S.184ff; Scherrer, Christoph (2005): S.11f.

⁸ Vgl. Opratko, Benjamin (2012): S.38.

⁹ Vgl. Cox, Robert (1983): S.80.

bestimmt. Besteht etwa die Überzeugung in einer ‚Marktwirtschaft‘ zu leben und gilt diese grundsätzlich als natürliche oder beste denkbare Ordnung, dann drängt sich der Gedanke fast von allein auf, dass die beste Politik eine liberale ‚Wettbewerbspolitik‘ sein müsse (und mag es auch Unstimmigkeiten im Detail geben).¹

Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft wie Charles Fourier oder Karl Marx hatten bereits früh erkannt, dass es im Interesse Einzelner sein kann, „ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen [...] darzustellen“.² Gramsci und seine Nachfolger führen diese Überlegungen aus und kommen zu dem Ergebnis, dass der ‚Konsens‘ sich nicht von Natur aus ergeben hat, sondern (aktiv) durchgesetzt wurde.³ Nach der Definition von Ulrich Brand und Christoph Scherrer gilt:

„Mit dem Begriff der *Hegemonie* wird in Anschluss an Antonio Gramsci ein Typus von Herrschaft benannt, der im Wesentlichen auf der Fähigkeit basiert, *eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen* zu definieren und durchzusetzen.“⁴ [Hervorh. d. Verf.]

Diese Hegemonie lässt sich nicht mit physischer Gewalt verwirklichen. Sie muss hergestellt oder, gramscianisch gesprochen, ‚organisiert‘ werden. Dies geschieht, indem bestimmte Ideen über ‚Hegemonieapparate‘ wie Schulen, kulturelle Einrichtungen und Medien solange tradiert, vermittelt, im öffentlichen Diskurs platziert und propagiert werden, bis sie zu einem allgemeinen Konsens oder ‚Alltagsverstand‘ geworden sind.⁵ In letzter Konsequenz schließt dies auch ein, dass die Ideen institutionalisiert werden, etwa in Form von Parteien oder Staatsorganen.

Der Staat kann diese Hegemonie allerdings nicht allein herstellen, zumal er nach Gramsci keine Einheit ist, welche die Machtverhältnisse unmittelbar abbildet, sondern sich aus rivalisierenden und umkämpften Institutionen zusammensetzt.⁶ Vielmehr erwächst Hegemonie aus der zivilen Gesellschaft. Hier misst Gramsci den Intellektuellen und Wortführern im gesellschaftlichen Diskurs eine wichtige Rolle bei, auch wenn sie formal nicht an der Spitze der gesellschaftlichen Ordnung stehen. Gemeint sind etwa ‚Experten‘ aus der Wissenschaft oder dem Journalismus, die das Meinungsbild der Gesellschaft prägen können. Gramsci nennt sie ‚organische Intellektuelle‘.⁷ Sie handeln – wenigstens teilweise – aus eigener Überzeugung, nicht weil sie bestochen wurden, und sind insofern ein Ausdruck des Selbstverständnisses einer Gesellschaft.

¹ Konkrete Beispiele für (neoliberale) ‚Deutungshoheit‘ und ‚Zeitgeist‘ in der deutschen Politik der 2000er Jahre, vgl. Gammelin, Cerstin und Götz Hamann (2006): *Die Strippenzieher*. S.146ff.

² Marx, Karl und Friedrich Engels (1846/1990): S.47; vgl. Lichtheim, George (1968): 41, 215.

³ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.169ff; Eagleton, Terry (1991): *Ideology*. S.56; Overbeek, Henk (2002): S.171.

⁴ Brand, Ulrich und Christoph Scherrer (2002): S.3; vgl. Breuss, Nonno (2006): S.105 („eigene Interessen als Allgemeininteresse universalisieren“).

⁵ Vgl. Becker, Florian et al. (Hrsg.) (2013): S.111; Brand, Ulrich und Christoph Scherrer (2002): S.3; Halimi, Serge (2012): S.227.

⁶ Vgl. Becker, Florian et al. (Hrsg.) (2013): S.70f; Cox, Robert (1981): S.56; Opratko, Benjamin (2012): S.74 („Staat-Zivilgesellschaft-Komplexe“).

⁷ Vgl. Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte. Band 1*. S.101ff (§ 44); Opratko, Benjamin (2012): S.51; Overbeek, Henk (2002): S.174.

Durch eine simple „Gehirnwäsche“¹ lässt sich Hegemonie ausdrücklich nicht verwirklichen. So wie Ideologie im Marx'schen Sinne nicht bloß ein Hirngespinnst ist, sondern aus den gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgeht („das Sein bestimmt das Bewusstsein“)², benötigt auch Gramsci's Hegemonie eine materielle Basis. Insofern begünstigen die bestehenden Verhältnisse zumindest bestimmte Ideenkonstellationen, was den herrschenden Ideen eine „relative Eigenständigkeit“³ verleiht. Beliebig gesteuert werden können sie nicht.⁴

Im Gegensatz zu manchen Ideologie-Definitionen muss Hegemonie allerdings aktiv hergestellt oder später erneuert werden und ergibt sich nicht unmittelbar aus den Verhältnissen. Dazu gehört, dass die Herrschenden einem möglichst großen Teil der Gesellschaft auch glaubwürdige Versprechungen machen und gegebenenfalls Kompromisse eingehen, wenn sich dadurch die Akzeptanz der Hegemonie steigern lässt.⁵ Aus dieser Sicht ist beispielsweise der Wohlfahrtsstaat ein Kompromiss, den das (herrschende) Bürgertum einging, um die Akzeptanz des Proletariats (bei Gramsci die „Subalternen“) für eine kapitalistische Wirtschaftsordnung zu gewinnen.⁶ Die Struktur, die aus einem solchen Kompromiss verschiedener gesellschaftlicher Kräfte hervorgeht, bezeichnet Gramsci als „historischen Block“. ⁷ Entscheidend ist, dass möglichst viele gesellschaftliche Gruppen für die Ideen, die das hegemoniale Projekt ausmachen, gewonnen werden und somit in den Block eingebunden sind.⁸ Der Nutzen daraus kann unter den Trägern des Projekts ganz unterschiedlich verteilt sein. Hegemonie hat den doppelten Effekt, Herrschaftsstrukturen zu tarnen (weil viele beteiligt sind) und sie zu stabilisieren (weil sie akzeptiert werden).⁹

Der Fortbestand der Hegemonie ist dabei immer an die Existenz gesellschaftlicher Kräfte gebunden, die sie tragen und in der Gesellschaft vertreten.¹⁰ Verlieren diese Kräfte an Einfluss, etwa weil der historische Block zerfällt, so können sie auch ihre Ideen nicht mehr als Allgemeingut verbreiten. In solchen Situationen kann das hegemoniale Projekt oft nur fortbestehen, wenn der nun brüchig gewordene Konsens zumindest teilweise durch Zwang ersetzt wird.¹¹ Tatsächlich baut Hegemonie häufig auf einem „Mischungsverhältnis aus Konsens und Zwang“ auf.¹² Dieser Zwang kann sowohl durch ökonomische als auch durch staatliche Institutionen vermittelt werden.

¹ Opratko, Benjamin (2012): S.190.

² Marx, Karl und Friedrich Engels (1846/1990): S.38.

³ Beckmann, Martin (2007): *Das Finanzkapital*. S.22.

⁴ Hegemonie im Sinne Gramsci's ist eng mit Ideologie verbunden, geht aber noch darüber hinaus, merkt Terry Eagleton an. Hegemonie, die ständig organisiert werden müsse, erweitere das häufig sehr „statische“ Konzept von Ideologie um eine dynamische Komponente. Eagleton, Terry (1991): S.115.

⁵ Vgl. Candeias, Mario (2007): „Gramscianische Konstellationen“. S.19; Lenk, Kurt (1982): *Politische Soziologie*. S.150.

⁶ Vgl. Cox, Robert (1983): S.71; Pierson, Christopher (1998): *Beyond the Welfare State?* S.25ff.

⁷ Vgl. Cox, Robert (1983): S.76.

⁸ Deshalb muss jede Gruppe, die sich im Aufstieg befindet oder einen solchen anstrebt, versuchen, ihre Ideen hegemonial durchzusetzen. Idealerweise wird die jeweilige Gruppe das Feld der öffentlichen Meinung schon bereiten, ehe sie tatsächlich nach der politischen Macht greift. Serge Halimi zitiert in diesem Kontext Antonio Gramsci mit den Worten: „Chaque révolution est précédée d'un intense travail de critique, de pénétration culturelle [...]“. Gramsci, zitiert in: Halimi, Serge (2012): S.228.

⁹ Vgl. Opratko, Benjamin (2012): S.70f, 81 (jeweils mit Verweis auf Robert Cox).

¹⁰ Vgl. Beckmann, Martin (2007): S.22f.

¹¹ Vgl. Candeias, Mario (2007): S.21.

¹² Scherrer, Christoph (2007): „Hegemonie: empirisch fassbar?“. S.77.

Internationale Hegemonie

Der neogramscianische Ansatz überträgt das gramscianische Hegemonie-Konzept, welches ursprünglich nur auf nationale Verhältnisse bezogen war, auf die internationale Ebene.¹ Auch hier gilt, dass die Hegemonie Akteure benötigt, die sie organisieren und tragen – internationalen Organisationen wird dabei eine führende Rolle zugeschrieben. Nach Robert Cox, dessen Arbeiten gewissermaßen die neogramscianische IPÖ begründen, sind sie zunächst „Produkt der hegemonialen Ordnung“, „artikulieren die Regeln, die die Ausbreitung hegemonialer Weltordnungen erleichtern“, und repräsentieren deren zentrale Ideen wie z.B. ‚Freihandel‘ oder ‚Deregulierung‘.² Zugleich setzen sie aktiv Normen und legitimieren die herrschenden Verhältnisse. Auf diese Art unterstützen sie die Absicherung und Ausbreitung einer bestimmten Ordnung, sie untermauern die Strukturen, die über Machtverteilung und Herrschaftsverhältnisse in der Welt entscheiden und treiben Transformationsprozesse voran, wo andere Strukturen dem hegemonialen Projekt im Wege stehen.³ Internationale Organisationen sind ebenfalls geeignet, politische Projekte umzusetzen, die auf nationaler Ebene nicht mehrheitsfähig wären.⁴ Diese Organisationen bilden also nicht nur die Hegemonie ab, sondern dynamisieren hegemoniale Prozesse.⁵

Im Übrigen gilt das nicht nur für ‚starke‘ supranationale Organisationen wie die EU, die tatsächlich aktiv in die Politik der Mitgliedstaaten eingreifen können. Auch formal schwächere, vergleichsweise unauffällige Organisationen wie die OECD, die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* oder das Beratungsgremium *Trilaterale Kommission* sind aus neogramscianischer Sicht relevant. Sie bieten gleichgesinnten Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft ein Forum, um mit Abstand zur Öffentlichkeit neue Projekte zu entwerfen, deren Umsetzung zu planen und einen elitären Konsens zu schaffen oder zu stärken.⁶ Der neogramscianische Ansatz legt so auch die Entstehung neuer gesellschaftlicher Kräfte offen, wie beispielsweise ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts multinationalen Konzernen, institutionellen Anlegern und einer transnationalen Managerklasse.⁷

¹ Das marxistische Kapital-Verständnis lädt geradezu zu dieser Internationalisierung ein, war es doch schon eine der Kernaussagen des Kommunistischen Manifests, dass die Bourgeoisie (als Agent des Kapitals) „Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet“. Marx, Karl und Friedrich Engels (1848/2011): S.23. Vgl. Gamble, Andrew (1999): S.134.

² Cox, Robert (1983): S.83

³ Vgl. Cox, Robert (1981): S.45; Overbeek, Henk (2002): S.178f; van der Pijl, Kees (1996): S.342f.; Halimi, Serge (2012):.

⁴ Vgl. Lösch, Bettina (2007): S.250ff; Halimi, Serge (2012): S.363, 462ff; Bakker, Isabelle und Stephen Gill (2003): *Power, production and social reproduction*. S.27ff.

⁵ Vgl. Cox, Robert (1981): S.45 („Als besondere Mischungen von Ideen und materieller Macht beeinflussen die Institutionen ihrerseits die Entwicklung der Ideen und materiellen Kapazitäten“).

⁶ Vgl. Gamble, Andrew (1999): S.139 („The needs of the transnational business elite for order and predictability leads to the creation of global institutions and the cooption of political groups around the world.“); van der Pijl, Kees (1996): S.328 („Eliteforen für die Entwicklung und Durchsetzung tonangebender Konzepte“).

⁷ Vgl. Beckmann, Martin (2007): S.21f.

2.3.3 Kritische Theorie als Ideologie- und Herrschaftskritik

„Ausgangspunkt jeder Kritik bildet die Diagnose einer Wirklichkeit, die nicht sein soll [...] Der Gegenstand der Kritik bezieht sich auf die Ursache des bestehenden Schlechten.“¹

Den dritten Baustein des hier entworfenen kritischen Paradigmas bildet die Kritische Theorie. Kritische Theorie, das ist zunächst die am Frankfurter Institut für Sozialforschung entworfene und an verschiedenen Orten bis in die Gegenwart weiterentwickelte Theorie der Gesellschaft. Ähnlich dem neogramscianischen Ansatz distanziert sich diese Theorie vom orthodoxen Marxismus und ergänzt die Kritik der Politischen Ökonomie um eine Kultur- und Zivilisationskritik.² Sie zielt nicht auf ein spezifisches Verständnis der IPÖ ab. Ihre Konzeption von einer Sozialwissenschaft als Analyse von Autorität und Herrschaft sowie den Mechanismen, auf denen diese aufbauen, stellt aber die eindeutige Verbindung mit den zuvor genannten Ansätzen her. Sie ist deshalb geeignet, den Begriff einer kritischen IPÖ zu schärfen.

„Kritisch“, um auf den zentralen Begriff zurückzukommen, bedeutet hier das Gegenteil von affirmativ oder apologetisch, im weiteren Sinne auch von ideologisch und irrational. Affirmativ ist eine Haltung, die von Menschen verursachte Missstände als naturgesetzlich beschreibt und so eine „Art Komplizenschaft mit dem Bestehenden“ eingeht.³ Apologetisch ist es, „wenn die in einer politischen Theorie verwandten Kategorien an der Wirklichkeit vorbeigehen, indem sie ihre negativen Seiten verhüllen, idealisieren oder als unaufhebbar charakterisieren. [...] Tritt der Erkenntniswert einer politischen Theorie derart gegenüber dieser apologetischen Funktion zurück, so kann man von einer ‚politischen Ideologie‘ sprechen.“⁴

Woran orientiert sich Kritik?

Es ist allerdings keine Selbstverständlichkeit, im wissenschaftlichen Rahmen zu definieren, was denn der Maßstab der Kritik sein soll – zu unterschiedlich und individuell sind zumindest auf den ersten Blick die Meinungen darüber, was die ‚negativen Seiten der Wirklichkeit‘ seien könnten. Eine Definition kann deshalb nur als Annäherung begriffen werden.⁵ Mit Bezug auf Aufklärung, Vernunft (‚Ratio‘) und die sozialistische Kritik ökonomischer Verhältnisse, orientieren sich insbesondere frühere Vertreter einer Kritischen Theorie am „Interesse an der vernünftigen Organisation der menschlichen Aktivität“⁶, so beispielsweise Herbert Marcuse:

¹ Wesche, Tilo (2013): „Reflexion, Therapie, Darstellung“. S.201.

² Vgl. Schwandt, Michael (2010): S.19ff, 59; Stapelfeld, Gerhard (2012): S.190, 210.

³ Raymond Geuss in: Jaeggi, Rahel und Tilo Wesche (Hrsg.) (2013): S.16; vgl. ebd. S.183.

Insbesondere sind „Herrschaft und Zwang für sie [die kritische Wissenschaft] nicht schicksalhaft mit der Gesellschaft ein für allemal gegeben, sondern vom Menschen gesellschaftlich produziert.“

Kammler, Jörg (1968): S.16.

Wenn „Hindernisse nicht durch [...] Gott oder die Natur, sondern durch menschliches Handeln zustande kommen; sollen sie [folglich] durch menschliches Handeln auch beseitigt werden können.“

Cooke, Maeve (2013): „Zur Rationalität der Gesellschaftskritik“, S.117.

⁴ Lenk, Kurt (1968): „Politische Wissenschaft als Herrschaftsinstrument und Herrschaftskritik“. S.28; vgl. Marcuse, Herbert (1967): *Kultur und Gesellschaft I*. S.28f.

⁵ „[G]ewisse Repräsentationen der guten Gesellschaft [kommen] dem transzendierenden Objekt näher als andere. [...] Rationalität vollzieht sich im Prozess der Deliberation. [...] Wahrheit [ist ein]

transzendierendes Objekt, dem sich unsere Erkenntnisse annähern, das jedoch nie ganz eingefangen werden kann“. Cooke, Maeve (2013): S.131, 132, 133,

⁶ Kammler, Jörg (1968): S.10.

„[Es] lässt sich die Frage stellen, ob die verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten in rationalster Weise ausgenutzt werden, das heißt im Hinblick auf die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse bei einem Vorrang der Lebensbedürfnisse und einem Minimum an harter Arbeit, Elend und Ungerechtigkeit.“¹

Die von der Kritischen Theorie eingeforderte Rationalität bemisst sich an ökonomischen Zielen, deren Erreichen mit politischen Zielen verbunden ist.

„Die Rationalität [...] bestimmt sich dabei objektiv am Ziel der Aufhebung von Herrschaft, die weder als anthropologisch notwendig noch als sozial unaufhebbar gelten kann und durch die Analyse ihrer historisch-sozialen Bedingungen den ideologischen Schein des Irreversiblen einbüßt.“²

Insofern wird deutlich, dass von kritischer Theorie auch ein „anti-autoritäre[r] Impuls“³ ausgeht, der die Theorie anarchistischen Anschauungen öffnet.⁴ Was schließlich immer wiederkehrt, ist das Motiv eines ‚guten‘ bzw. ‚gelingenden‘ Lebens im Sinne der antiken Philosophie.⁵ Dieses Leben ist ein selbstbestimmtes, autonomes, aber keineswegs einsames, sondern geselliges Leben.⁶ Freilich ist es schwierig diese Vorgaben und ihre Umsetzung zu konkretisieren, zumal wenn der Betrachter in einer ‚falschen‘ Gegenwart festsetzt.⁷ Für ein ‚gelingendes Leben‘ lassen sich „keine ahistorischen, universellen oder transkulturellen Maßstäbe“ definieren, weil „[a]lle Versuche [...] ‚wahre‘ Bedürfnisse von ‚falschen‘ zu unterscheiden [...] letztlich gescheitert [sind]“, warnt Hartmut Rosa.⁸ Die Möglichkeit, die einer Kritischen Theorie unter diesen Bedingungen bleibt, besteht darin, die in der Gesellschaft bereits bestehenden Maßstäbe und Leitbilder, beispielsweise die ‚freie‘ Marktwirtschaft, Demokratie oder das „Freiheits- und

In einem programmatischen Aufsatz nannte Max Horkheimer das „Ziel [des] vernünftigen Zustands“, zitiert in Bittner, Rüdiger (2013): „Kritik, und wie es besser wäre“. S.138.

¹ Marcuse, Herbert (1967): *Kultur und Gesellschaft* 2. S.144.

² Kammler, Jörg (1968): S.20.

³ Cooke, Maeve (2013): S.122; vgl. Schwandt, Michael (2010): S.207 („Lernziele ist die Befähigung zur Kritik an jedweder Obrigkeit und den von ihr gesetzten Normen“).

⁴ Einen Eindruck davon, was Anarchismus bedeuten kann, vermittelt Matthias Kaufmanns Definition von „anarchistischen Intuitionen“.

„Anarchistische Intuitionen sind deshalb von Interesse, weil sie einesteils ein trotz aller Bewunderung für die Errungenschaften verbleibendes Unbehagen an der im Verlauf der Aufklärung, des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts entstandenen Form staatlicher Organisation kanalisieren, und weil sie zusätzlich eine wenn auch vage Vorstellung eines Ausweges aus dem jedenfalls teilweise ungeliebten Zustand andeuten. [...] Die Intuitionen besagen in vager Näherung erstens, dass es in irgendeinem Sinne besser ist, wenn einzelne Menschen nicht zu Dingen gezwungen werden, die sie nicht möchten, wenn sie freiwillig und motiviert zusammenarbeiten, als wenn sie dies gezwungen tun. Sie besagen zweitens, dass menschliches Zusammenleben Geborgenheit und Kooperation bewirken kann und soll, nicht Unterdrückung und Ausbeutung. Sie besagt drittens, dass diese beiden Elemente im Wesentlichen kompatibel sind, und dass ihre Realisierung kein völlig aus der Welt gegriffenes Ziel ist.“

Kaufmann, Matthias (1999): *Aufgeklärte Anarchie*. S.12, 13.

⁵ Vgl. Cooke, Maeve (2013): S.117; Kammler, Jörg (1968): S.13.

⁶ Zum selbstbestimmten Leben im Zeichen der Moderne vgl. Rosa, Hartmut (2013): S.39.

⁷ Vgl. Wesche, Tilo (2013): S.203.

Marx deutet dies bereits an, vgl. Stapelfeld, Gerhard (2012): S.134, 278.

Michael Schwandt konstatiert bei Adorno „eine ausdrückliche Abneigung gegen auch nur ansatzweise konkrete Aussagen über den Charakter einer befreiten Gesellschaft“. Schwandt, Michael (2010): S.118.

⁸ Rosa, Hartmut (2013): S.27; vgl. Bittner, Rüdiger (2013): S.143ff.

Glücksversprechen der Moderne“, auf ihre Konsistenz zu prüfen – sind die Leitbilder widerspruchsfrei? Wissen die, die davon reden, wovon sie reden?¹ Kritische Theorie ist deshalb immer auch Ideologiekritik.

Wie verfährt Ideologiekritik?

Ideologien sind mit den Worten von Rahel Jaeggi, „Ideen die in bestimmten sozialen Zusammenhängen stehen und entstehen. [Sie] sind dabei Überzeugungssysteme, die praktische Konsequenzen haben“.² Insbesondere begründen und sichern sie Herrschaft.³ Im Umkehrschluss „enthüllt oder dechiffriert Ideologiekritik die Umstände, die es der Herrschaft erlauben, sich durchzusetzen“.⁴ Die Parallele zum neogramscianischen Ansatz ist hier offensichtlich und auch hier lässt sich eine Spur zurückverfolgen zu Marx‘ Kritik der bürgerlich-liberalen politischen Ökonomie (siehe oben).

Allerdings ist Ideologie nicht notwendigerweise ein konkretes (falsches) Weltbild aus festgefügtten Ideen. Sie kann auch als Deutungshorizont begriffen werden, bei dem es nicht so sehr auf das ankommt, was tatsächlich gedacht wird, sondern auf das was aufgrund der Ideologie *nicht* gedacht wird.⁵ Bestandteile von Ideologien (Ideologeme) sind ebenfalls „Naturalisierungsphänomene – etwas gesellschaftlich ‚Gemachtes‘ wird als natürlich bzw. unhintergebar ‚Gegebenes‘ vorgestellt – [oder die] Universalisierung von Partikularem“.⁶ Auch Simplifikation und Selbsttäuschung spielen eine Rolle.⁷ Daneben sind Ideologien nicht ‚frei erfunden‘, sondern stehen in einer Wechselbeziehung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Eine Welt, die nach den oben erörterten Maßstäben ‚nicht in Ordnung‘ oder ‚falsch‘ ist, begünstigt ein entsprechend ‚falsches Bewusstsein‘ – übrigens auch bei denjenigen, die von der herrschenden Verhältnissen profitieren.⁸

Weil auch derjenige, der Ideologiekritik übt, in die Gesellschaft eingebunden ist und keinen äußeren Standpunkt hat, stellt sich hier allerdings ein ähnliches Problem, wie bei der Bestimmung des guten Lebens. Nach dem Vorbild der hegelschen Philosophie kann deshalb „dem ‚Falschen‘ nicht unmittelbar das ‚Richtige‘ [entgegengesetzt] werden“.⁹ Die Kritik muss sich herantasten, in dem sie von internen Widersprüchen ihres Untersuchungsgegenstandes ausgeht. Dazu sammelt sie in einem ‚nach oben offenen‘ Prozess „Indizien, [...] erschließt Zusammenhänge, dechiffriert Mechanismen“.¹⁰ Schließlich muss sie die Genese des ‚Falschen‘ rekonstruieren.¹¹

¹ Wesche, Tilo (2013): S.193; vgl. Rosa, Hartmut (2013): S.29f.

² Jaeggi, Rahel (2013): „Was ist Ideologiekritik?“ S.268.

³ Vgl. Eagleton, Terry (1991): S.5.

⁴ Jaeggi, Rahel (2013): S.269.

⁵ Vgl. Eagleton, Terry (1991): S.221.

⁶ Jaeggi, Rahel (2013): S.269; vgl. Lenk, Kurt (1982): S.150; van der Pijl, Kees (1996): S.15.

⁷ Vgl. Wesche, Tilo (2013): S.195.

⁸ Vgl. Eagleton, Terry (1991): S.70; Jaeggi, Rahel (2013): S.275; Adorno, in: Stapelfeld, Gerhard (2012): S.215 („Ideologie überlagert nicht das gesellschaftliche Sein als ablösbare Schicht, sondern wohnt ihm inne“).

⁹ Jaeggi, Rahel (2013): S.270;.

¹⁰ Jaeggi, Rahel (2013): 278; vgl. Stapelfeld, Gerhard (2012): S.55, 64, 74, 126ff.

¹¹ Vgl. Stapelfeld, Gerhard (2012): S.325.

2.4 Synthese einer kritischen IPÖ

Das Gesamtbild eines kritischen Paradigmas der IPÖ, welches die zuvor genannten Komponenten einschließt, kann als ‚gesellschaftskritische IPÖ‘ oder einfach nur ‚kritische IPÖ‘ bezeichnet werden.¹ Diese Bezeichnung findet im Englischen ihre Entsprechung als ‚critical political economy‘.² Vertreter einer kritischen IPÖ verstehen sich nicht alle als Marxisten und haben nicht zwangsläufig einen Bezug zur ‚Frankfurter Schule‘. Sie sind sich aber darin einig, globale Macht- und Herrschaftsverhältnisse und deren Zusammenhang mit den Produktionsverhältnissen zu einem Schwerpunkt ihrer Forschung zu machen. Grundsätzlich sind sie offen für interdisziplinäre Ansätze.

Das kritische Paradigma hat mit dem Idealismus der IB gemein, dass es die Fixierung des Realismus auf den (National-)Staat hinterfragt. Stattdessen rücken gesellschaftliche Kräfte sowie vor- und nichtstaatliche Organisationen in den Vordergrund, die sowohl national, als auch inter- und transnational wirken. Abzulehnen sind die Naturalisierungstendenzen des Realismus.³ So dient aus kritischer Sicht der hobbesche Verweis auf die unveränderlich gefährliche Natur des Menschen eher der Legitimation von Gewalt und Herrschaft, als dass er bestehende Missstände hinreichend erklären würde.⁴

Das idealistisch-liberale Paradigma ist so gesehen ebenfalls unbefriedigend. Auch hier wird aus kritischer Sicht etwas legitimiert, was weder naturgegeben, noch bedingungslos wünschenswert ist – beispielsweise eine liberale ‚Globalisierung‘, die fragwürdige Anpassungsmaßnahmen erzwingt. Die strukturellen Zwänge problematisiert das liberale Paradigma prinzipiell nicht.⁵ Ebenfalls kurzfristig ist aus dieser Perspektive die Interdependenz-These – Verdeckt sie nicht bloß partikulare Interessen?⁶ Gerade in der liberalisierten globalen Wirtschaftsordnung ist eben nicht jedes Verhandlungsergebnis eine ‚win-win-Situation‘, bringt nicht jedes Freihandelsabkommen allen Beteiligten die gleichen Vorteile – nicht zwischen den unterzeichnenden Staaten und erst recht nicht innerhalb dieser Staaten.⁷ Denn ‚der Staat‘ ist keine neutrale Einheit und handelt nicht aus einem genuinen nationalen Interesse, sondern kanalisiert und vertritt die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wie der neogramscianische Ansatz aufzeigt.

2.4.1 Macht und Herrschaft

Als ein Paradigma, welches sich auf die Aufklärung beruft, richtet die kritische IPÖ ihren Blick nicht zuletzt auf Herrschaftsverhältnisse. Wichtige Begriffe sind *Macht* und *Herrschaft*, wobei Macht (nach Max Weber die „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“) dazu dient, Herrschaft (im Sinne einer

¹ Eine allgemein anerkannte Definition für ein kritisches Paradigma gibt es nicht. Bezeichnungen wie ‚heterodoxe IPÖ‘, ‚neogramscianische IPÖ‘ oder ‚historischer Materialismus und Strukturalismus‘ sind ebenfalls geläufig und vermitteln ein ähnliches Verständnis der IPÖ. Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.50f; List, Martin (2005): S.154.

² Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.53ff.

³ Vgl. Gripenburg, Rüdiger (1968): „Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik“. S.157f.

⁴ Vgl. Lenk, Kurt (1968): S.34.

⁵ Vgl. Fisahn, Andreas (2016): S.336f.

⁶ Vgl. Rodrik, Dani (2012): S.238.

⁷ Vgl. Rodrik, Dani (2012): S. 55ff, 135ff; Scholte, Jan Aart (2005): S.187f.

„[eingespielten] Machtbalance, wenn die Beziehungen zwischen den Mächtigeren und den weniger Mächtigen den Charakter des Selbstverständlichen angenommen haben“) zu sichern.¹

Der Begriff der Macht ist facettenreich und wird in der Fachliteratur unterschiedlich definiert. Konstant ist nur die Einteilung in *Relationale* und *Strukturelle Macht*. Die folgende Darstellung folgt dem Beispiel Martin Beckmanns, der vier, teilweise verbundene Macht-Kategorien unterscheidet. Allen diesen Kategorien ist übrigens gemein, dass sie „nicht auf die staatliche Ebene beschränkt“ sind:²

- **Relationale Macht**, ist die Fähigkeit „sozialer Akteure andere soziale Akteure in ihrem Sinne [zu] beeinflussen“. ³ Damit ist beispielsweise die direkte Einflussnahme von Lobbygruppen oder Netzwerken gemeint.
- **Strukturelle Macht** ist dagegen die Fähigkeit, die „sozialen Strukturen und Spielregeln zu gestalten“⁴ – zum Beispiel über die internationale Handels- und Wettbewerbsordnung, in die sich alle westlichen Staaten einreihen müssen. Die Handlungsoptionen aller gesellschaftlichen Akteure werden auf diese Art indirekt mitbestimmt.⁵

Die strukturelle Macht lässt sich in zwei Unterkategorien aufteilen:

- **Systemische Macht** bezeichnet die Fähigkeit eines Akteurs die Bedürfnisse der Gesellschaft mit dem eigenen Wohlergehen zu verknüpfen und sich mithin unverzichtbar zu machen. Hier ist beispielsweise an die systemische Relevanz großer Banken zu denken („too big to fail“).
- **Strategische Macht** bezeichnet die Fähigkeit eines Akteurs, den öffentlichen Diskurs zu prägen und die politische Agenda mitzubestimmen („Agenda Setting“). So lassen sich Prioritäten (z.B. ‚Schuldenabbau‘, ‚Steuern senken‘ oder ‚mehr Markt‘) setzen.⁶

Macht sichert Herrschaft. Es kann zwischen *formaler* und *materialer* Herrschaft unterschieden werden. Formale Herrschaft meint eine auf Anerkennung basierende, ‚offizielle‘ Ordnung. Materiale Herrschaft bezeichnet hingegen ein Kräfteverhältnis, welches darauf beruht, dass einige Akteure tatsächlich mächtiger sind als andere. Materiale Herrschaft ist zunächst nicht auf die formale Anerkennung durch die Beherrschten angewiesen, kann aber formale Herrschaft begründen.⁷ Im Anschluss an Gramsci ist auch anzunehmen, dass die Subjekte der materialen Herrschaft eine Formalisierung ihrer Herrschaft anstreben werden. Woher kommt aber das Machtgefälle zwischen den Akteuren? Woher haben sie die Fähigkeit ihre Stärken besser auszuspielen als andere?

¹ Lenk, Kurt (1982): S.31 (Max-Weber-Zitat), S.35 (Herrschaft); vgl. ders. (2009): S.173f.

² Beckmann, Martin (2007): S.19.

Etwas anders ist die Darstellung zum Beispiel bei Bieling, der *Strategische-* und *Strukturelle Macht* (neben der *Relationalen Macht*) voneinander trennt. Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.20f.

Für weitere Definitionen von ‚Macht‘ vgl. Caporaso, James A. und David P. Levine (1992): S.162; Rotte, Ralph (2005): S.11.

³ Beckmann, Martin (2007): S.25.

⁴ Beckmann, Martin (2007): S.25.

⁵ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.21.

⁶ Vgl. Beckmann, Martin (2007): S.25f; Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.176.

⁷ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.89; List, Martin (2005): S.17, 33.

Eine kritische IPÖ geht grundsätzlich davon aus, dass dieser Machtvorteil eine ökonomische Grundlage hat. Weil fast alle Staaten bzw. Volkswirtschaften heute in eine globalisierte und liberalisierte Wirtschaftsordnung ‚eingebettet‘ sind, orientieren sich die Strukturen von Macht und Herrschaft am Wesen des Kapitalismus, das heißt an seiner zwanghaften Verwertungslogik. Die Fähigkeit zu gestalten, die Teilhabe an (internationaler) Politik und an der globalen Wertschöpfung eines jeden Akteurs ist folglich von dem Platz abhängig, den derjenige in der Wirtschaftsordnung einnimmt bzw. der ihm zugewiesen wird. Nach oben kommt, wer sein Kapital erfolgreicher verwertet, also ‚wettbewerbsfähiger‘ ist, als die Konkurrenz. Bereits oben angekommen sind typischerweise diejenigen, welche schon über große Kapitalien verfügen – sie haben „eine ökonomisch basierte gesellschaftliche Machtstellung inne“, die von der IPÖ unbedingt zu berücksichtigen ist.¹

2.4.2 Die Herstellung einer bestimmten Ordnung

Nun würden auch Proponenten anderer Paradigmen nicht bestreiten, dass manchen Akteuren bessere Voraussetzungen gegeben sind als anderen. Es kommt aber darauf an, dieses Verhältnis nicht unreflektiert als eine objektive „Gegebenheit“ oder „(neue) Realität“ hinzunehmen, der sich die Akteure anpassen müssten, ohne sie wesentlich beeinflussen zu können.² Herrschaft als nur formale Rangordnung und bloße (politische) Gegebenheit zu betrachten, hieße sich affirmativ im Sinne der Ideologiekritik zu verhalten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind aber nicht einfach so, ‚wie sie eben sind‘. Die Verhältnisse sind vielmehr das Produkt gesellschaftlichen Handelns und das bedeutet – im Anschluss an das gramscianische Diktum, dass ‚Macht organisiert werden muss‘ –, dass erst dafür gesorgt wurde, *dass sie so werden*.³ Diesen Blickwinkel nimmt auch Susan Strange ein, wenngleich sie keine typische Vertreterin der kritischen IPÖ ist.⁴ Die Britin, die einen wesentlichen Einfluss auf die moderne IPÖ hatte, beschrieb ihre Wissenschaft 1994 folgendermaßen:

„The definition that I would give to the study of international political economy is that it concerns the social, political and economic arrangements affecting the global systems of productions, exchange and distribution, and the mix of values reflected therein. Those arrangements are not divinely ordained, nor are they the fortuitous outcome of blind change. Rather they are the result of human decisions taken in the context of man-made institutions and sets of self-set rules and customs”.⁵

Diese Beschreibung ist noch recht allgemein gehalten. Deutlich wird aber zum Ausdruck gebracht, dass die Verhältnisse kein Produkt des Zufalls oder unberechenbarer, externer Kräfte, sondern bewusster Entscheidungen und Handlungen im gesellschaftlichen Kontext sind. Damit ist nicht gesagt, dass die Konsequenzen dieses Handelns auch immer genauso von den einzelnen

¹ List, Martin (2005): S.156. Vgl. Overbeek, Henk (2002): S.172; Scherrer, Christoph (2005): S.13; Scholte, Jan Aart (2005): S.129.

Siehe auch Heinrich, Michael (1999/2017): S.207 („Die bestimmte Art und Weise der Vergesellschaftung weist den Individuen überhaupt erst ihre Plätze zu und diktiert ihnen ihre Rationalität“).

² Beckmann, Martin (2007): S.18 (mit Bezugnahme auf Adam Harnes); vgl. Harnes, Adam (1998): S.93.

³ Vgl. Beckmann, Martin (2007): S.18f, Kammler, Jörg (1968): S.10 („Die Verhältnisse der Wirklichkeit, [...] erscheinen ihr [der kritischen Politischen Wissenschaft] nicht als Gegebenheiten, die bloß festzustellen und nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit vor auszuberechnen wären“).

⁴ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.50.

⁵ Susan Strange, zitiert in: Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.13.

Akteuren beabsichtigt waren. Die kritische IPÖ unterstellt allerdings, erstens, dass es Akteure gibt, die von den geschaffenen Verhältnissen profitieren, zweitens, dass sie auf die Etablierung bzw. Fortsetzung dieser Verhältnisse hinwirken und drittens, dass sie diese Verhältnisse als das Ergebnis eines natürlichen (,alternativlosen‘) Prozesses legitimieren wollen.¹ So schreibt beispielsweise Serge Halimi über die (Neu-)Ordnung der Welt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion:

„La réunification du monde [après 1989/90] aurait pu se produire autrement. Au demeurant, elle ne s’est pas produite: elle a été construite. Par des hommes, par des politiques, qui ont créé les conditions de sa pérennité, détruisant les voies alternatives afin qu’il n’y ait plus d’alternative“.²

Die kritische IPÖ fasst diese, unter vielen Gesichtspunkten bis heute fortbestehende Ordnung, meist als ,neoliberale‘ Ordnung auf, die durch Privatisierung, Deregulierung und ,Finanzialisierung‘ gekennzeichnet ist, aber auch durch einen Bedeutungszuwachs internationaler Organisationen und Verträge, deren wesentlicher Zweck meist darin besteht, Märkte zu schaffen und Privateigentum zu sichern. Ökonomisch und staatlich vermittelte Zwänge wirken in dieser Ordnung disziplinierend auf die Gesellschaft.³ Regierungen werden dadurch diszipliniert, dass sie das Vertrauen von Investoren, also ,des Kapitals‘, gewinnen müssen (beispielsweise durch Haushaltsdisziplin und ,gute Standortbedingungen‘) und den Regeln internationaler Vereinbarungen unterliegen. Arbeiter werden unter anderem durch Lohnkürzungen, drohenden Arbeitsplatzverlust und den Rückbau des Wohlfahrtsstaates diszipliniert (ebenfalls ,gute Standortbedingungen‘).⁴ Die vorherrschende Ideologie lässt dies als natürlichen – langfristig sogar für alle vorteilhaften – ,Sachzwang‘ erscheinen.

Wie der ,neoliberale‘ Wandel konkret in der Europäischen Gemeinschaft vollzogen wurde und welche Konsequenzen das für den (Finanz-)Binnenmarkt hat, wird noch in den folgenden Kapiteln (Kap. 5 und Kap. 6) veranschaulicht. Zunächst aber ist zu präzisieren, wie die Theorie sich diesem augenscheinlichen Wandel und den fortwährenden Herrschaftsverhältnissen annähern kann. Der neogramscianische Ansatz erkennt eine enge Verbindung zwischen internationalen Organisationen und der Hegemonie als einem ,Herrschaftstypus‘ (siehe Kap.2.3.2). Wie schon erwähnt, kann im kritischen Verständnis die Hegemonie keine beliebige sein, sondern ist zumindest mittelbar an eine materielle Basis gebunden. Folglich sind die betreffenden internationalen Organisationen nicht zuletzt bestrebt, Bedingungen zu schaffen, die

¹ Vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.53 („[serving] particular kinds of interests and [closing down] particular sorts of arguments“); Harmes, Adam (1998): „Institutional investors“ and the reproduction of neoliberalism“. S.93.

² Halimi, Serge (2012): S.334.

„Die Wiedervereinigung der Welt [nach 1989/90] hätte sich auch anders entwickeln können. Tatsächlich hat sie sich nicht entwickelt: sie wurde erstellt. Von Menschen und durch politische Programme, welche die Bedingungen für ihre Dauerhaftigkeit geschaffen haben, indem sie alternative Wege abgeschnitten haben, damit es keine Alternative mehr gibt.“ (Übersetzt von Matthieu Choblet)

³ Vgl. Overbeek, Henk (2002): S.178f.

Zur Genese einer disziplinären Ideologie aus dem Liberalismus vgl. Onfray, Michel (2008): S.19ff, 112ff. Besonders prägnant hat David Harvey den Neoliberalismus auf den Punkt gebracht, als „a project to achieve the restoration of class power“. Harvey, David (2007): S.16.

⁴ Vgl. Opratko, Benjamin (2012): S.98; Bakker, Isabelle und Stephen Gill (2003): S.27ff.

das Kapital zu seiner bestmöglichen Verwertung benötigt, also Institutionen, die den (Welt-)Markt sichern.¹

Im Gegensatz dazu erscheinen internationale Organisationen aus idealistisch-liberaler Sicht als tendenziell rationale und politisch neutrale Einrichtungen, die, solange sie nach liberalen Grundsätzen arbeiten, das Allgemeinwohl fördern. Im Lichte des Realismus wiederum sind sie häufig eine Täuschung, hinter der sich der Wille einzelner, mächtiger, unter Umständen auch listiger Staaten verbirgt.² Während ersteres aus Sicht einer kritischen IPÖ utopisch ist, ist letzteres unzureichend, weil diese Perspektive zum einen die ökonomische Basis der Macht nicht hinreichend erklärt und zum anderen relevante nicht staatliche Akteure und gesellschaftliche Kräfte vernachlässigt, die mittels internationaler Organisationen ihre Interessen verwirklichen.

Weiterhin ließe sich aus liberaler Sicht einwenden, dass der beschriebene institutionelle Rahmen eine einseitige Interessenspolitik erschwert, weil die internationale Einbindung den Lobbyismus auf nationaler Ebene sinnlos erscheinen lässt, und internationale Organisationen sich dem Zugriff von Interessengruppen leichter entziehen könnten.³ Die Erfahrung zeigt jedoch, dass sich zahlreiche Interessensgruppen sehr gut auf die neuen ‚Spielregeln‘ eingestellt haben und dass die Verlagerung von Entscheidungen auf eine internationale Ebene neuen Formen der Einflussnahme überhaupt erst ermöglicht.⁴ Vermindert wird hingegen die Einflussmöglichkeit traditioneller Institutionen einer nationalstaatlich organisierten Demokratie wie dem Parlament.⁵ Außenpolitik ist ohnehin exekutivlastig, die Entscheidungsfindung auf zwischen- und überstaatlicher Ebene verstärkt diesen Trend.⁶ Neben ihrer hegemonialen Funktion im engeren Sinne öffnen internationale Organisationen also Türen für die Ausübung relationaler Macht und sichern strukturelle Macht.

2.4.3 Von Global Governance zum neuen Konstitutionalismus

Insoweit ‚nicht-kritische‘ Strömungen der IPÖ die Bedeutung internationaler Organisationen und Abkommen zu einem Forschungsschwerpunkt erklären, tun sie dies häufig unter dem Schlagwort ‚Governance‘ oder, um die neue Dimension hervorzuheben, ‚Global Governance‘. Der Governance-Begriff ist Ausdruck einer veränderten Wahrnehmung von Staat und Regierung, weg vom Staat als Institution („government“) und hin zum „politischen System“ als einer Verfahrensweise bzw. einem Prozess („governance“).⁷ Das ist gerade im Zusammenhang mit der EU interessant, übt sie doch „regierende“ oder jedenfalls „regulierende Tätigkeiten“ aus, häufig ohne dass sich eine ihrer zahlreichen Institutionen als oberste Regierung ausmachen ließe („governance without government“).⁸

¹ Vgl. Gamble, Andrew (1999): S.139; Overbeek, Henk (2002): S.172ff.

² Vgl. Scholte, Jan Aart (2005): S.124, 127.

³ Vgl. Schirm, Stefan (2006): S.117.

⁴ Vgl. Beckmann, Martin (2007): S.134ff, 203; Crouch, Colin (2011): S.127, 185ff.

⁵ Vgl. Harmes, Adam (2006): „Neoliberalism and Multilevel Governance“. S.732f.

⁶ Vgl. Detjen, Marion et al. (2009): *Die Deutschen und das Grundgesetz*. S.231f; Griepenburg, Rüdiger (1968): S.171.

⁷ Benz, Arthur und Nicolai Dose (2010): S.14.

⁸ Benz, Arthur und Nicolai Dose (2010): S.14.

Der ‚governance‘ verleihen solche Eigenschaften einen nicht-hierarchischen und dezentralen Charakter. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn die betreffenden Entscheidungs- und Implementierungsprozesse der Regulierung ebenenübergreifend koordiniert werden müssen (‚multilevel governance‘) und dabei staatliche wie nichtstaatliche nationale und internationale Organisationen augenscheinlich gleichberechtigt in den Prozess eingeschlossen werden.¹ Wobei die Kehrseite der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten ist, dass die Bedeutung etablierter Institutionen wie den nationalen Parlamenten relativiert wird.² Global-Governance-Ansätze in der Wissenschaft setzen aber anders als die historisch liberale Strömung der IB keine Tendenz zur Auflösung des Nationalstaats zugunsten supranationaler Institutionen voraus.³

Es ist sicherlich eine Stärke von Global-Governance-Ansätzen, dass sie die Auswirkungen der ökonomischen ‚Globalisierung‘ auf die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und die Bedeutung der internationalen Ebene für Formen der politischen Steuerung einerseits anerkennen, gleichzeitig aber berücksichtigen, dass der Nationalstaat immer noch ein „zentrale[s] Terrain sozialer Auseinandersetzungen [ist]“. ⁴ Wir werden in den folgenden Kapiteln noch sehen, dass auch die Mitgliedstaaten der Währungsunion ihre Kompetenzen nicht ohne (Finanzierungs-)Vorbehalt an supranationale Institutionen abgeben, gleichwohl lassen sie sich in ein enges Netz von Konsultationsverfahren und internationalen Verpflichtungen einbinden. Global-Governance-Ansätze versuchen den Wandel von ‚government‘ zu ‚governance‘ einerseits „empirisch-deskriptiv [zu erfassen]“ und andererseits normative Kooperationsstrategien zu entwickeln, um neue, „grenzüberschreitenden Problemlagen“ durch eine Anpassung der politischen Institutionen und Entscheidungsverfahren zu begegnen.⁵

Kritische IPÖ und Global Governance

Für eine kritische IPÖ kann der ‚klassische‘ Global-Governance-Ansatz zunächst aus zwei Gründen unzureichend sein. Erstens, wenn er dazu neigt, die Problemlage (‚Globalisierung‘) unreflektiert als objektive Gegebenheit hinzunehmen, so dass der Wechsel zu einer neuen ‚governance‘ als sachlich notwendiger und eher technokratischer Akt erscheint. Zweitens, wenn dieser Ansatz aufgrund der Abwesenheit formaler Herrschaft (‚nicht-hierarchische Beziehungen‘) grundsätzlich die Gleichheit aller Akteure unterstellt. Diese Prämissen sind problematisch.

Der geschilderte Ansatz erkennt, dass die veränderte Ausgangslage, welche mutmaßlich die Anpassung von Institutionen und Verfahren erforderlich macht, gesellschaftlich bedingt sein kann. Es ist daher zuerst zu untersuchen, welche Prozesse und strukturelle Zwänge zu der neuen Ausgangslage geführt haben und welche Interessen mit ihnen verbunden sind.⁶ Erst diese ‚Voruntersuchung‘ legt offen, auf welcher Grundlage bzw. in welchem Kräfteverhältnis eine Neuordnung der politischen Institutionen und Verfahren (der ‚governance‘) erfolgen kann.

¹ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2010): *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der EU*. S.23ff; Kohler-Koch, Beate und Berthold Rittberger (2006): „The ‚Governance Turn‘ in EU Studies“. S.28f; O’Brien, Robert et al. (2003): *Contesting Global Governance*. S.3ff; Rosanvallon, Pierre (2013): *Demokratische Legitimität*. S.86; Scheller, Henrik (2012): „Fiscal Governance“. S.10.

² Vgl. Benz, Arthur (2003): „Compounded Representation in the EU Multi-Level-Governance“. S.85ff.

³ Vgl. Scholte, Jan Aart (2005): S.213.

⁴ Brand, Ulrich und Christoph Scherrer (2002): S.8; vgl. Brown, Chris und Kirsten Ainley (2005): S.118.

⁵ Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.164f.

⁶ Vgl. Brand, Ulrich und Christoph Scherrer (2002): S.12; Overbeek, Henk (2002): S.173.

So sind die (global-)governance-Strukturen, die sich bereits feststellen lassen – trotz der formell erweiterten Partizipation – nicht zwangsläufig weniger hierarchisch bzw. demokratischer. Wo ‚der Staat‘ hierarchisch (und dafür auch kritisierbar) ist, aber zumindest formal als „Repräsentant des Öffentlichen mit abgrenzbaren Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und geregelten Verfahren der demokratischen Einflussnahme“ begriffen werden kann, steht ‚governance‘ mithin für „unklare Entscheidungsstrukturen“¹ zwischen unzureichend legitimierten Akteuren. Auch hier ist von einer materialen Hierarchie auszugehen. Global-governance-Strukturen können folglich ein ‚Produkt der hegemonialen Ordnung‘ (Robert Cox) sein, sowie der Organisation und Reproduktion von Macht dienen.² Wenn ‚governance‘ in der Praxis nicht zu dem Ergebnis führt, das sie vorgeblich verfolgt, liegt das folglich nicht an institutionellen Mängeln, sondern ist strukturell bedingt. Je weiter sich ihre Ziele von denen des hegemonialen Projektes entfernen, desto schwächer fällt in der Regel der Erfolg aus.³

In der IPÖ hat vor allem Stephen Gill dazu beigetragen eine kritische Perspektive auf das Phänomen ‚global governance‘ zu entwickeln. Als „neuen Konstitutionalismus“ bezeichnet er die Tendenz, die Interessen mächtiger Akteure (damit meint er vor allem das „transnational operierende Kapital“⁴), statt durch ‚einfache‘, nationale Gesetze und andere Institutionen durch meist internationale, governance-ähnliche Arrangements abzusichern, die sich der direkten demokratischen Kontrolle entziehen. Er prägt dafür den Begriff „institutional lock-in mechanisms“.⁵ Demnach werden durch meist internationale ‚Institutionen‘⁶ – etwa die Verträge und Organe der EU – Entscheidungsspielräume grundsätzlich eingeschränkt und die verbleibenden Entscheidungsbefugnisse dem demokratisch legitimierten Zentrum des politischen Systems entzogen. Governance, die vorgeblich dazu dient, überkommene hierarchische Entscheidungsprozesse zu demokratisieren und ihnen eine neue Bedeutung zu geben, macht es unter diesen Bedingungen fast unmöglich, richtungsweisende Änderungen vorzunehmen – der demokratische Souverän ist ‚eingeschlossen‘.⁷ So konstatiert Andreas Fisahn aus juristischer Sicht:

„In der EU wurde mit den Verträgen eine bestimmte wirtschaftspolitische Doktrin in den Rang verfassungsrechtlicher Vorgaben gehoben [...] und ist damit der demokratischen Willensbildung entzogen.“⁸

¹ Fisahn, Andreas (2016): S.411.

² Vgl. Scholte, Jan Aart (2005): S.214.

³ Deshalb wirkt global governance beispielsweise nur selten als Korrektiv gegen wirtschaftspolitische Deregulierung, ist aber vergleichsweise erfolgreich in der Schaffung von Märkten.

Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2011a): S.168f.

⁴ Gill, Stephen (2000): S.11.

⁵ Gill, Stephen (2000): S.15; vgl. Bakker, Isabelle und Stephen Gill (2003): S.27ff; Opratko, Benjamin (2012): S.98f; Scholte, Jan Aart (2005): S.187f.

Eine ‚nicht-kritische‘, gleichwohl negative Beurteilung von Global Governance entwirft Dani Rodrik. Vgl. Rodrik, Dani (2012): S.xix („Democratic global governance [...] is a chimera“), 202ff.

⁶ In diesem Zusammenhang erweist sich der Institutionen-Begriff als differenzierter als der Begriff der internationalen Organisationen. Während letzterer im Fall der EU vor allem auf die Organe verweist, lenkt ersterer den Blick auch auf die Verträge.

⁷ Vgl. Harmes, Adam (2006): „Neoliberalism and Multilevel Governance“. S.732f; Harmes, Adam (2011): „The Rise of Neoliberal Nationalism“. S.8.

⁸ Fisahn, Andreas (2017): „Europäische Fliehkräfte“. S.99f.

Der ‚lock-in‘-Mechanismus funktioniert hier im Übrigen nicht nur im Verhältnis zwischen nationalem Gesetzgeber und EU-Institutionen, sondern auch innerhalb der EU-Institutionen. Adam Harmes, der die Konzepte Stephen Gills für die IPÖ aufgenommen hat, sieht darin die Verwirklichung neoliberaler Ziele, wie sie etwa von Friedrich Hayek formuliert wurden, eine ökonomische Sphäre zu schaffen, die gegen politische Einflussnahme vollständig „isoliert“ ist.¹ Entsprechend bezeichnen Ulrich Brand und Christoph Scherrer den von Gill definierten „Konstitutionalismus“ als „neoliberale Version der Global Governance“.²

¹ Harmes, Adam (2006): S.732f; vgl. von Hayek, Friedrich A. (1963/2003): *Recht, Gesetz und Freiheit*. S.307ff, 455ff; Rosanvallon, Pierre (2013): S.142, 186ff.

² Brand, Ulrich und Christoph Scherrer (2002): S.10; vgl. Harvey, David (2007): S.76f; Lösch, Bettina (2007): S.257ff.